

Schwerpunkt  
**Inklusion  
in Zeiten  
des Mangels**

**Altersgrenze:**  
Wie hoch wird  
meine Pension sein?

**Kolumne:**  
Die Bildungsbehörde und ihre  
Geldvernichtungsstrategien

**Recht:**  
Diskriminierung  
am Arbeitsplatz

---

## Moment mal

### Demokratie von unten

Was Senat und Bildungsressort von Schülerinnen und Schülern lernen können

Von Karsten Krüger

Demokratisch handeln ist eigentlich ganz einfach. Wer demokratisch gewählt ist, wie zum Beispiel die aktuelle Bremer Koalition oder die Kinder- und Bildungsministerin Sascha Aulepp, braucht nur das vor der Wahl Versprochene umzusetzen oder wenigstens umsetzen zu wollen. Alle Wahlversprechen eins zu eins zu realisieren, das schafft kaum eine Partei oder Regierung. Aber die Vorhaben, die es in den Koalitionsvertrag schaffen, sollten dann schon ambitioniert angepackt und nicht aufgegeben werden. Denn der rot-grün-rote Vier-Jahres-Vertrag sollte ein verbindlicher Maßnahmenkatalog sein – so die demokratische Spielregel. Aber das Bildungsressort und der Senat verstoßen schon im ersten Regierungsjahr mehrfach gegen diese Regel. Krasse Beispiel: Die Doppelbesetzungen in Grundschulklassen in sozial herausfordernden Lagen. Vorhaben gestrichen, Versprechen gebrochen. Der Glaube an die Gültigkeit von Verträgen und das Vertrauen in die Politik schwindet. Und die Demokratie nimmt weiter Schaden.

#### Unhaltbar

Ein weiteres wichtiges Regierungsvorhaben droht ebenfalls nicht gehalten werden zu können: Nämlich das Ziel, in Gruppen mit mehr als vier Kindern mit Sprachförderbedarf eine zusätzliche Sprachförderkraft einzusetzen. Bisher ist das nicht umgesetzt – und das, obwohl mehr als 40 Prozent der Vorschulkinder mit Sprachförderbedarf haben. Ein unhaltbarer Zustand. Die Geduld der betroffenen Eltern und Kita-Beschäftigten wird arg strapaziert. Die Regierung muss ihre Prioritäten anders setzen, und das Bildungsressort muss ein Umdenken vehementer einfordern – im Sinne von mehr Bildungsgerechtigkeit und damit mehr Demokratie.

#### Ausgezeichnet

Dass man mit dem Thema Demokratie verantwortungsvoller umgehen kann, haben gerade zwei Bremer Schulen bewiesen. Die Grundschule an der Lessingstraße ist für

## In-Team

### Volle Konzentration

... auf die drei Männer aus Bremen

Von Karsten Krüger

Jetzt seid Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf Seite 2 und lest die Rubrik „In-Team“. Am 22. Mai sind viele von Euch im Vereinsheim des Vegesacker Rudervereins bei der GEW-Mitgliederversammlung und wählt auch die Stadtbremer Bildungsmagazin-Redaktion. Und dann bitte volle Konzentration: Wenn die drei Männer zur Wahl stehen, die dieses Heft mitplanen, mitschreiben, mitorganisieren, bitte sofort die Kuchengabel fallen lassen, das Brötchen auf den Teller oder das erste Bier absetzen. Jetzt gilt es, komplett fokussiert die Kreuze an der richtigen Stelle zu machen. Denn ohne Eure Stimmen müssen unsere beiden Kolleginnen aus Bremerhaven die nächsten Hefte alleine machen. Das wollen die nicht, wir nicht und Ihr hoffentlich auch nicht.



„Superlessing“ als beste Schülerzeitung Deutschlands im Primarbereich positiv ausgezeichnet worden und hat damit ein wesentliches Element demokratischer Schulkultur mit Leben gefüllt. Und das Alexander-von-Humboldt Gymnasium wurde für sein Projekt gegen Diskriminierung und für mehr Diversität beim Bundeswettbewerb „Demokratisch Handeln“ geehrt. Die Senatorin lobte zu Recht: „Das ist gelebte Demokratie!“ Fazit: Von Schülerinnen und Schülern lernen, heißt mehr Demokratie leben lernen.

# Inhalt

- 2 Moment mal und In-Team**
- 4 GEW Gremien**  
Rückblick Personalratswahlen, Personalversammlung, Fachtag Resonanz, Vorschau Maikundgebung, Rassismus, Vorschau Mitgliederversammlung, Doppelbesetzungen, Wissenschaftszeitvertragsgesetz, Kommentar Krieg und Frieden
- 9 Zeitlupe: Science-Slam**  
Dr. Desiree Tacke
- Schwerpunkt**
- 10 Vorwort**  
Karsten Krüger
- 11 Die Fotoserie zum Schwerpunkt**  
Jens Carstensen, Karsten Krüger
- 12 Fachgruppe Inklusion**  
Martin Siemer, Anna Reiman, Corinna Genzmer, Eckhard Feige
- 15 Inklusion in Bremerhaven**  
Inga von Hagen
- 16 Interview mit dem Landesbehindertenbeauftragten**  
Karsten Krüger
- 18 Elternnetzwerk Inklusion**  
Burkhard Gerdes
- 20 Koalitionsvertrag und Inklusion**  
Wilfried Meyer
- 23 Orientierungsrahmen Schulqualität**  
Wilfried Meyer

Frischlufft

Seite 50



Edward Said – eine Kritik

Seite 30

- 26 Inklusion und Jugendförderung**  
Melanie Rosenwirth
- Bildung und Gesellschaft**
- 28 Kolumne: Geldvernichtungsstrategien**  
Angelika Hanauer
- 30 Edward Saids Orientalismus**  
Werner Pfau
- 34 Schülervvertretung und Partizipation**  
Charlotte Schieren, Milena Langholf, Pablo Rodriguez
- 36 Lehrkräftebildung**  
Bernd Winkelmann
- Rubriken**
- 40 Recht**  
Julia Oesterling
- 41 Serie Vertrauensleute**  
Portrait Kemal Dişkaya
- 42 GEW intern**  
Heide Roaten / Barbara Schüll / Ingo Lenz
- 44 Pensionsberechnung**  
Hajo Kuckero
- 45 Gratulationen**
- 46 Leserbrief**
- 48 Bücher und Medien**
- 50 Frischluft**  
Wilfried Meyer
- 51 GEW-Termine, Impressum**
- 52 Seminare, Preisrätsel**

# Mehr Wertschätzung

Personalversammlung  
in Bremerhaven

# Viele Aktive der GEW im Amt bestätigt

Ergebnisse der Mitbestimmungswahlen  
in Land Bremen

Von *Elke Suhr*



Die GEW war stark vertreten.  
(Foto: Susanne Carstensen)

Der Frust war deutlich spürbar. Mehr als 600 Beschäftigte trafen sich zur Personalversammlung in der Bremerhavener Walter-Kolb-Halle. Die Redebeiträge der Beschäftigten zeigten es deutlich: Sie forderten mehr Wertschätzung, sowohl finanzielle Aufwertung als auch durch zeitliche Entlastung. Ein umfassender Antrag mit entsprechenden Forderungen wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Deutliche Aufforderungen richteten sich auch an Bildungssenatorin Sascha Aulepp: Sie müsse alle pädagogischen Beschäftigten umgehend mit iPads ausstatten. Ein entsprechender Beschluss liegt seit Anfang 2023 in Bremen vor. „Diese Ungleichbehandlung führt unter anderem dazu, dass viele Beschäftigte in der dienstlichen Kommunikation oft auf private Endgeräte zugreifen müssen. Das darf eigentlich nicht sein“, hieß es. ■

Von *Peer Jaschinski* und *Karsten Krüger*

Nach der schwierigen Situation bei den Wahlen 2020 zum Personalrat Schulen, zum Gesamtpersonalrat und zu den Frauenbeauftragten in Bremen und Bremerhaven, als es wegen der Corona-Pandemie nur zu einer sehr geringen Wahlbeteiligung kommen konnte, zeigten die Beschäftigten mit einer fast 50-Prozent-Quote wieder ein etwas größeres Interesse an einer starken Mitbestimmung. Und wieder wurden bewährte GEW-Kandidat:innen bestätigt beziehungsweise neu gewählt.

## Wahlen in Bremen

Als neue Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Schulen sind Maike Rullkötter, Anke Wuthe, Angela Hamilton und Katarina Rodermond (alle GEW) gewählt worden. Bei der Wahl zum neuen Personalrat Schulen in Bremen haben GEW-Kandidat:innen auf der Beamt:innenliste von 17 Sitzen 13 gewonnen (plus zwei). Der Philologenverband erhielt zwei Sitze, die Berufsbildner und die Unabhängigen jeweils einen.

Die GEW-Liste der Angestellten erhielt 50 Prozent der Sitze (vier Plätze, minus zwei). Ver.di gewann ebenfalls vier Sitze. Der GEW-Kandidat Silvan Wilsch wurde souverän zum Jugend- und Ausbildungsvertreter gewählt. Bei der Wahl zum Gesamtpersonalrat (GPR) verlor die GEW zwei Sitze. Auf den ausgelegten Wahlscheinen waren nicht alle Spitzen-

kandidaten notiert. Dies beeinflusste das Wahlergebnis zuungunsten unserer Liste mit der GdP und ver.di. Dennoch behauptete die Fraktionsgemeinschaft die absolute Mehrheit (17 zu 8 Sitze).

## Wahlen in Bremerhaven

Beim Personalrat Schulen in Bremerhaven erreichte die GEW 11 von 17 Sitzen (minus drei). Ver.di errang zwei, der Beamtenbund vier Sitze. Bei der GPR-Wahl musste ver.di auf der Angestelltenliste einen Sitz an die GEW/GdP-Liste abgeben. Unsere gemeinsame Liste mit der Gewerkschaft der Polizei geht gestärkt aus der Wahl hervor. Die DGB-Gewerkschaften verfügen über eine Mehrheit von 12 zu 3 Sitzen. Bei der Wahl zur Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten wurden Britta Schönberg (OS Geestemünde), Josefine Malessa (OS Geestemünde) und Nicole Steinhauer (KLA) gewählt.

## 1000 Dank

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für euer Vertrauen, das ihr durch diese Wahl zum Ausdruck gebracht habt. Wir werden uns weiterhin für eure Interessen einsetzen. Bitte bleibt alle gesund, damit wir gemeinsam und solidarisch die Zukunft gestalten können. Ein Dank gilt an dieser Stelle auch den ehrenamtlichen Wahlvorständen, ohne die solch komplexe und umfangreiche Wahlen nicht durchgeführt werden können. ■

# Mit Anerkennung und Anregung zu positiver Rückkopplung

Der Fachtag „Resonanz (er)leben“

Von Corinna Genzmer

Die lange Fachtagstradition der GEW, des Verbandes Sonderpädagogik (vds) und des Landesinstituts für Schule (LIS) ist wieder aufgelebt! Es ist ein starkes Dreierbündnis, wenn es darum geht, Kinder und Jugendliche in ihren besonderen Lebenslagen, ihren Entwicklungsherausforderungen und -potenzialen in den Mittelpunkt zu stellen. Resonanz im schulischen Kontext zu (er-)leben, kann bedeuten, durch gegen- oder wechselseitige Anerkennung und Anregungen positive Rückkopplung zu ermöglichen. Grundlage des Fachtags war die Resonanztheorie des Soziologen Hartmut Rosa, mit der Vorgänge der Benachteiligung beschrieben werden können, die sich auf der Ebene des unmittelbaren Erlebens abspielen.

## Ein Ort des motivierten Lernens

„Auf Ebene der Schulerfahrung sozusagen. Die Institution Schule ist ohne Zweifel für viele Kinder ein lernfördernder Resonanzraum – für eine bestimmte Gruppe an Schüler:innen aber leider auch eine Entfremdungszone, die bei ihnen das Gefühl hervorbringt, hier falsch zu sein. Wenn die bürgerlich geprägte Schule für sozial randständige Schüler:innen ein Ort des motivierten Lernens werden will, müssen ihre Akteur:innen eine bewusste Entscheidung treffen, die zunächst trivial klingt: Es gilt, Resonanzerfahrungen ermöglichen zu wollen – und zwar für alle. Und dieser Entschluss muss dann ernsthaft nach Wegen suchen – auch dann, wenn es um Kinder geht, die ganz anders aufgewachsen sind, als Lehrkräfte.“ (Prof. Dr. Stephan Ellinger, 2021).

## Erfolgreiches Fazit

Pädagogisch Beteiligte sind mit schwierigen Aufgaben konfrontiert. Kinder und Jugendliche bleiben dem Bildungssystem fern, weil sie keine Resonanz erfahren. Nach dem Vortrag von Ellinger und der Podiumsdiskussion bewegten die mehr als 80 Teilnehmer:innen viele Fragen: Was kann bei gleichzeitig widrig scheinenden Umständen getan werden? Was brauchen Kinder und Jugendliche, die nicht mehr erreichbar erscheinen? Wie können für sie wirksam Resonanzerfahrungen und -erleben gestaltet werden? In den Workshops „Resonanz & interpersonale

Beziehung“ und „Resonanz & Bildungsinhalte“ wurden vertiefende Inhalte angeboten. Für die FG „Inklusion“ organisierten und moderierten Ole Stratmann, Anna Reimann und Eckhard Feige einen Workshop zum Thema „Gelingensbedingungen für eine beziehungs- und resonanzorientierte Schulentwicklung“. Die einjährige Vorbereitung mündete in einen sehr erfolgreichen Fachtag, und so heißt es für das Vorbereitungsteam „Nach dem Fachtag ist vor dem Fachtag“.



**Kommt alle!**  
Treffen in Bremen: 10 Uhr, Weserterrassen am Osterdeich.  
GEW-Redner:innen: Ramona Seeger und Fabian Kinz, beide Landesvorstandssprecher:innen  
Treffen in Bremerhaven: 10 Uhr am Gewerkschaftshaus.

# Das Anderssein zulassen und akzeptieren

Seminar zu Rassismus und Diskriminierung am 14.-15. Juni

Von *Barbara Schüll*

Bin ich rassistisch? Das muss ich mit einem deutlichen „Ja“ beantworten. Meine ersten Gedanken und die daraus resultierende Haltung zu Vielfaltigkeit im öffentlichen Raum, sind: Muss das sein? Auch unterscheide ich: Ist der/die mich Nervende, national oder international? Dadurch, dass es mir auffällt, werte ich es, als auf dem Weg sein. Das ist gut und wichtig. Unsere Welt ändert sich schnell und unaufhaltsam. Nicht wir reisen ausschließlich in die Ferne, um Exotisches zu erleben, sondern die „Exoten“ kommen zu uns. Das braucht Willkommenskultur, nicht Fähnchen schwingend, sondern durch Anerkennung von Berufserfahrung, Öffnung der Bildungsangebote, Wohnraum und erweiterte Begegnungsorte.

## **Blitzschnelles Geld für Krieg**

Das braucht auch umgehend politisches Handeln für die Menschen, die täglich auf der Straße um Geld bitten. In unserem wohlhabenden Land sind wir durchaus in der Lage, integrierende Angebote zu machen. Das braucht den Willen und Geld. Geld, das ohne zu zögern für Krieg blitzschnell bereitgestellt wird, statt für friedliche Koexistenz. Kriegerisches Handeln in unserer Zeit und mit den zur Verfügung stehenden Waffen stellt für mich ein groß angelegtes Selbstmordattentat dar. Letztendlich ist dies der furchtbare politische Rassismus, der anscheinend nie reflektiert und psychologisch aufgearbeitet wurde. Nationale Traumata, die in der Endlosschleife wiederholt werden, sorgen weltweit für endloses Leid. Unsere großen Denker Mahatma Ghandi und Nelson Mandela haben einen friedlichen Weg vorgelebt. Unsere Hirne und Herzen wurden dadurch nicht nachhaltig beeinflusst.

## **Miteinander reden**

Umso wichtiger ist es, dass wir unser Denken und Handeln reflektieren und entsprechend handeln: „Laut gegen rechts“ ist eine Bewegung, die Initiative Bildungswende (nächste Aktion am 24. Mai), der Ostermarsch und die wöchentlichen Mahner:innen für Frieden und Gerechtigkeit. In unserer gesellschaftlichen Vielfaltigkeit bieten sich täglich neue Gelegenheiten und Chan-

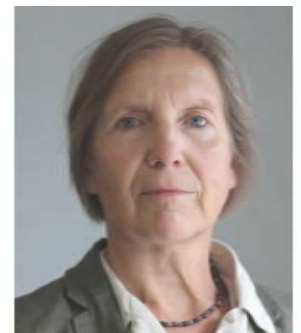
cen der Begegnungen. Einfach mal zulassen und akzeptieren, dass Anderssein andere Facetten hat. Miteinander reden, gemeinsames Handeln schafft Öffnungen und Akzeptanz. Es ermöglicht gemeinsame Wege und die Akzeptanz für andere.

## **Kooperation**

Einen deutlichen Gedankenanschub habe ich mir durch die Woche gegen Rassismus im vergangenen Jahr gegeben. Sie hat mir gezeigt, wie wichtig diese Öffnungen und Möglichkeiten sind und dass es ein Weiterso braucht. Daraus entwickelte sich eine sehr gute Kooperation mit dem Verein Yekmal. Unter dessen Federführung haben wir im Februar ein mehrsprachiges Symposium zum Internationalen Tag der Herkunftssprachen angeboten. Den Frauentag am 8. März haben wir mit einer Ausstellung (siehe Bericht Seite 42) gefeiert.

## **Sensibler agieren und handeln**

Weiter geht es am 14. und 15. Juni in Bad Zwischenahn. Mit den Referent:innen Aretta Mbaruk und Michael Mindermann bieten wir ein Seminar zu Rassismus und Diskriminierung an. Diskriminierung ist gesellschaftliche Realität und eine Alltagserfahrung vieler Menschen. Rassismus, aber auch andere Formen von gesellschaftlich tradierten Hierarchisierungskategorien und deren Wechselwirkungen und Verbindungen entfalten ihre Wirkung auch in der Schule und bei der Arbeit. Wie können wir unsere persönliche und institutionell vorgegebene Rolle reflektieren, um diskriminierungssensibler zu agieren und zu handeln? Was brauchen Betroffene und Personen, die nicht von Diskriminierung betroffen sind, um über Diskriminierung zu sprechen? Wie können wir unsere Wahrnehmung für Diskriminierung erhöhen, um sie frühzeitig zu erkennen? Und welche Handlungsmöglichkeiten lassen sich diesbezüglich im Bereich Schule entwickeln? ■



Barbara Schüll (Foto: GEW)



## ...WEIL DIESE ZEITEN KÄMPFER\*INNEN BRAUCHEN!

Mitgliederversammlung der GEW Bremen

am 22. Mai 2024 im Vereinsheim des Vegesacker Rudervereins

Neue Ideen entwickeln, Demokratiefeindlichkeit bekämpfen, soziale Spaltung ebenso und natürlich ein paar interne Wahlen – das sind die Themen der Mitgliederversammlung der GEW Bremen am Mittwoch, 22. Mai, ab 16 Uhr bis zum letzten Bier und Sonnenuntergang auf der Terrasse im idyllischen

Vereinsheim des Vegesacker Ruderklubs. Bildungspolitische Inhalte, Getränke aller Art, Snacks und eine tolle Aussicht auf die Lesum sind nicht die schlechtesten Rahmenbedingungen für einen launigen Gewerkschaftsfeierabend im Wonnemonat. Kommt nach Bremen-Nord!

## Doppelt besetzt? Einfach gestrichen!

Bildung ist dem Senat nicht wichtig

Von *Mona Seeger*

Es klingt zu schön, um wahr zu sein: Unser Ziel sind gerechte Bildungschancen für jedes Kind im Land Bremen. Die Schulen, die von Kindern mit besonders großen Herausforderungen besucht werden, brauchen in jeder Hinsicht die beste Ausstattung. Doch der Koalitionsvertrag ist Geschichte: Die Doppelbesetzung für Grundschulen in herausfordernden Lagen, ein Prestigeprojekt, soll gestrichen werden. Kein Geld da, heißt es. Eigentlich zeigt es aber nur, dass dem Senat Bildung nicht wichtig ist.

### Ungerechtigkeit

Denn wie lässt sich sonst erklären, dass einer Verschärfung der Bildungsungerechtigkeit tatenlos zugesehen wird? Die versprochenen Zweitkräfte hätten gerade die Kinder unterstützt, die in bildungsfernen Familien oder finanzieller Armut aufwachsen. Wie lässt sich sonst erklären, dass eine weitere Belastung des

pädagogischen Personals in Kauf genommen wird? (Nicht nur) im kommenden Schuljahr werden deutlich mehr Kinder Bremens Schulen besuchen, die Anforderungen aller an Schulen Beschäftigten werden steigen. Und wie lässt sich sonst erklären, dass die Verschlechterung der Personallage an Schulen in benachteiligten Quartieren einfach hingenommen wird? Ohne die angekündigten Doppelbesetzungen, die für das Personal wichtige unterstützende Bedingungen darstellen, sind diese Schulstandorte weniger attraktiv.

### Sondervermögen

Bevor der Senat wieder auf die leeren Kassen verweist, hier ein Vorschlag zur Finanzierung: Mit einem Sondervermögen für Bildung. Nur den politischen Willen, den braucht's.



Mona Seeger, Landesvorsitzende (Foto: GEW)

# Kapitulation und Wortbruch

Kommentar zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG)

Das WissZeitVG treibt seit Jahrzehnten ein ungeheures Befristungsunwesen an den deutschen Hochschulen. Fast neun von zehn wissenschaftlichen Angestellten an Universitäten sind befristet beschäftigt, wobei 42 Prozent der Arbeitsverträge eine Laufzeit von weniger als einem Jahr haben. Auch wenn die Situation an den Bremer Hochschulen geringfügig besser ist, ist sie trotz allem sehr prekär. Gerade die sehr rigide Auslegung des WissZeitVG an der Universität in Bremen hat in den letzten Jahren zu großer Frustration und Karriereabbrüchen bei vielen Wissenschaftler\*innen geführt. Die Ampelregierung hatte 2021 in ihrem Koalitionsvertrag eine Reform des WissZeitVG versprochen, die – wie von der GEW gefordert – „Dauerstellen für Daueraufgabe“ schaffen, die „Planbarkeit und Verbindlichkeit in der Post-Doc-Phase deutlich erhöhen“ sowie die familienpolitische Komponente des WissZeitVG „für alle verbindlich“ machen sollte. Danach ist gar nichts passiert, bevor dann im Juni 2023 das BMBF einen Referentenentwurf vorgelegt hat, der jetzt trotz anfänglichen Widerstands von SPD und Grünen zum Regierungsentwurf (<https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/faq/wisszeitvg-reform.html>) wurde.

## Befristungswahnsinn bekämpfen

Dieser Regierungsentwurf ist aus unserer Sicht ein klarer Wortbruch der Regierungsparteien. Mit den geplanten Änderungen würde sich bei der prekären Beschäftigung vieler Wissenschaftler\*innen absolut nichts verbessern. Statt verbindlicher Mindestvertragslaufzeiten für Zeitverträge gibt es wachsweiße Soll-Bestimmungen. Wissenschaftler\*innen, die Kinder betreuen, sollen weiterhin der Willkür der Arbeitgeber ausgesetzt bleiben, wenn sie zum Nachteil ausgleich eine Vertragsverlängerung brauchen. Der Druck auf die Post-Docs wird weiter erhöht – statt ihnen Dauerstellen oder eine verbindliche Zusage zur Entfristung bei Erfüllung festgelegter Kriterien anzubieten, sollen sie künftig schon nach vier statt wie bisher nach sechs Jahren auf die Straße gesetzt werden. Wir müssen und werden als GEW weiter gegen diese Fortschreibung des Befristungswahnsinns kämpfen. Weiter werden wir in Zusammenarbeit mit den weiteren Initiator\*innen der Petition „Stoppt die Dauerbefristung in der Wissenschaft“ eine öffentlichkeitswirksame Übergabe der – jetzt fast 60.000 – Unterschriften und ggf. weitere Aktionen vorbereiten. Die Petition kann und sollte weiter unterzeichnet und beworben werden: <https://weact.campact.de/petitions/stoppt-die-dauerbefristung-in-der-wissenschaft>

Malte Hesse



## Meine Meinung

# Bildung statt Aufrüstung

Die momentanen Aussichten für eine Steigerung des Bildungsetats sind sowohl für die BRD als auch für Bremen grottenschlecht. Die Regierung setzt auf Aufrüstung, Steigerung der Rüstungsproduktion. Die Rüstungsaktien steigen. Pistorius fordert ein weiteres Sondervermögen für eine Armee, die mittlerweile auch im Ausland (wie am Hindukusch) „unsere Werte“ verteidigt. Für die Gewerkschaften kann „Nie wieder Krieg“ im Angesicht vieler aktueller Kriege nicht ein bloßes Lippenbekenntnis sein. Warum rief der DGB zu einer Demo gegen „rechts“, nicht aber zum Ostermarsch auf? Die GEW muss für Frieden, für Bildungsausgaben und gegen weitere Verschlechterung der sozialen Verhältnisse massiver auftreten.

Ein unterstützender Ansatz ist sowohl der Brief von bekannten Sozialdemokraten der Hansestadt an Kanzler Scholz, keine weiteren eskalierenden Waffen zu liefern (Lemke, Schuster, Wetjen, Sieling, Gottschalk) als auch die Initiativen »Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!« und »Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen.« Link zum Brief: <https://bremerfriedensforum.de/wp-content/uploads/2024/03/Offener-Brief-zum-2.-Jahrestag-des-Krieges-in-der-Ukraine.pdf> Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg Link: <https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de> Sowohl auf den Friedensdemos in Berlin als auch in Bremen waren viele GEW-Mitglieder anwesend. Was soll daran bitteschön falsch sein? Die GEW will ja auch keine Bundeswehr-Werbung an der Schule.

Wilfried Meyer



# Bühne frei für Forschungserkenntnisse

Wissenschaftskommunikation wird immer wichtiger

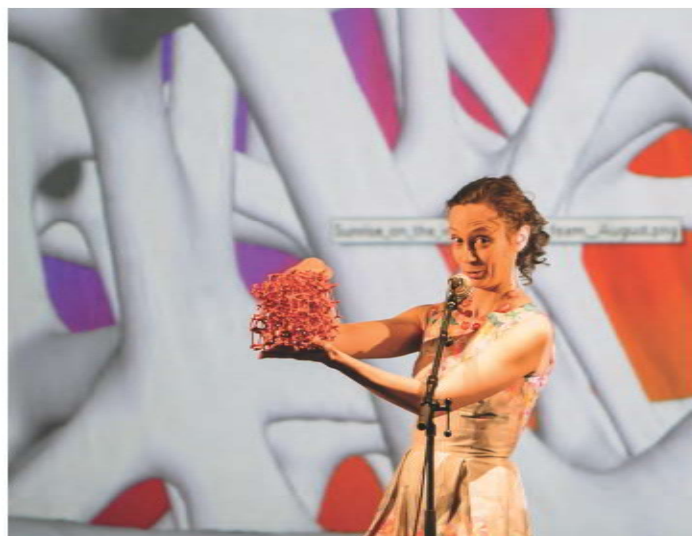
Von Dr. Desiree Tacke

**W**issenschaftskommunikation wird in der heutigen Zeit immer wichtiger. Komplexe wissenschaftliche Themen und Herausforderungen wie die Pandemie und die Klimakrise prägen unsere Gesellschaft. Wir alle sind gefordert, diese Krisen gemeinsam zu bekämpfen. Um aber an einem Strang zu ziehen, ist eine klare und verständliche Kommunikation von großer Bedeutung. Gerade auch, um die für Fachfremde oft schwer verständlichen Maßnahmen gegen die Krisen nachvollziehbarer zu machen. Gerade junge Wissenschaftler\*innen sind oft hoch motiviert, ihre Forschung einem breiteren Publikum näher zu bringen. Sie erkennen die Bedeutung ihrer Arbeit und wollen ihre Erkenntnisse nicht nur innerhalb der Fachgemeinschaft, sondern auch außerhalb der Universitätsmauern teilen, um zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen.

*„Ein gelungener Science-Slam-Vortrag sollte zwei Kriterien erfüllen: für das Publikum verständlich sein und die Zuschauer\*innen bis zum Ende fesseln.“*

## Brücke zur Gesellschaft

Ein besonderes Format, das jungen Wissenschaftler\*innen eine Bühne bietet, um ihre Forschungsprojekte vorzustellen, ist der Science Slam. Dabei geht es nicht nur darum, trockene Fakten und Zahlen zu präsentieren, sondern komplexe Themen anschaulich und unterhaltsam zu vermitteln. Mit einer Mischung aus Fachwissen, Kreativität und einer Prise Entertainment begeistern die Teilnehmenden das Publikum für ihre Forschung. Dazu setzen sie visuelle Hilfsmittel, humorvolle Anekdoten oder auch kleine Experimente ein, um



Science Slam - Wissenschaftler\*innen stellen in zehn Minuten ihre Forschungsprojekte vor. Ein interaktives Wissenschaftskommunikationsformat. **Dienstag, 7. Mai, im Kulturzentrum Schlachthof, 20 Uhr**, Einlass ab 19 Uhr  
Eintritt: 15 Euro (ermäßigt 11 Euro); Abendkasse 18 Euro (ermäßigt 14 Euro)

die Zuschauer\*innen in die Welt der Wissenschaft mitzunehmen. Ein gelungener Science-Slam-Vortrag sollte zwei Kriterien erfüllen: für das Publikum verständlich sein und die Zuschauer\*innen bis zum Ende fesseln. Eine Orientierung am Wissensstand und den Interessen des Publikums ist hilfreich. Genauso wie Bezüge zum Alltag, Anekdoten aus dem Forscherleben oder Anleihen aus der Popkultur, um das Thema zu veranschaulichen. Die Zuschauer\*innen entscheiden mit Wertungstafeln, welche\*r Slammer\*in sie am meisten überzeugt hat und somit als Sieger\*in aus dem Slam hervorgeht. Insgesamt zeigt der Science Slam, wie wichtig es für Wissenschaftler\*innen ist, wissenschaftliche Erkenntnisse nicht nur zu erzeugen, sondern auch zu kommunizieren. Durch gelungene Wissenschaftskommunikation können wir Brücken zwischen Wissenschaft und Gesellschaft bauen, die das Vertrauen in die Wissenschaft stärken und den Dialog zwischen Forschenden und Öffentlichkeit fördern. ■



Schwerpunkt:

# Inklusion

Der Missmut wird größer

Von Karsten Krüger

Gut, dass Bremen im Jahr 2009 als erstes Bundesland die inklusive Beschulung verbindlich eingeführt hat. Die GEW lobte das ambitionierte Vorhaben. Aber ab dann gab es kaum noch positive Schlagzeilen. Die Umsetzung hakte, die Ausstattung mit Personal und Räumen war von Beginn an mangelhaft. Finanzielle Engpässe führten zu immer größerem Missmut bei allen Beteiligten. Der knappe Bildungshaushalt vor allem im Bereich der Inklusion war dann auch ein Grund, dass Senatorin Renate Jürgens-Pieper zurücktrat. Auch Bürgermeister Carsten Sieling verlor 2017 die Zuversicht. Man müsse die Inklusion "gezielt, sorgsam und an geeigneter Stelle abbremsen". Welch ein Rückschritt. Bis

heute ist die gemeinsame Beschulung von Schüler:innen mit oder ohne Förderbedarf im Land Bremen ein brisantes Thema geblieben.

Den teilweise katastrophalen Inklusionsalltag (zum Beispiel der Wegfall der geplanten Doppelbesetzungen in Grundschulen, die 17-plus-6-Regel in Inklusionsklassen, der massive Unterrichtsausfall) nimmt das **bildungsmagaz!n** zum Anlass, auf den nächsten 18 Seiten über die verschiedenen Aspekte zum Thema zu berichten. Unsere Autorinnen und Autoren machen einen Realitätscheck, beleuchten Hintergründe, machen auf nicht eingelöste Versprechen aufmerksam und schreiben über grundlegende Versäumnisse. Auch unsere Interview-

partner kritisieren den Umgang mit der Inklusion scharf und zeigen auf, was zu tun ist, damit sich die Lage an den Schulen entkrampft oder verbessert.

**Unsere Fotografin Susanne Carstensen hat ihr Archiv geöffnet, ganz tief gekramt und Fotos aus einer Zeit gefunden, in der Inklusion noch nicht in aller Munde war. Die Motive, die wir ausgewählt haben, sprechen eine klare Sprache: Inklusion kann funktionieren.**

Die Redaktion wünscht viel Spaß beim Lesen und dabei wieder den einen oder anderen Erkenntnisgewinn. Über Rückmeldungen, Anregungen und andere Hinweise – nicht nur zu diesem Schwerpunkt – freuen wir uns.

# Mit Wertschätzung und Vertrauen

Die Fotoserie in diesem Heft

Von Jens Carstensen und Karsten Krüger

Die Fotoserie in diesem Heft zeigt Motive zum Thema Inklusion, aus einer Zeit, als die Inklusion noch keine hohe parteipolitische Priorität im Land Bremen hatte. Schon kurz nach der Jahrtausendwende gab es unter anderem an der Immanuel-Kant-Schule (Oberschule Geestemünde) in Bremerhaven Modellprojekte zum gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schüler:innen.

Die Fotos veranschaulichen, dass Wertschätzung und Vertrauen aller Beteiligten eine unabdingbare Voraussetzung

waren. Man sieht, dass sich die Lernenden, die Eltern, die Sozialpädagog:innen, Angestellte und Lehrkräfte in der Schule wohl gefühlt haben. Die künstlerischen, sportlichen und kulturellen Projekte konnten erfolgreich durchgeführt werden, weil unter anderem die Lerngruppengröße mit bis zu 16 Schüler:innen und auch die Ausstattung damals zielgruppengerecht waren. Immer wenn Schutzräume gebraucht wurden, waren sie vorhanden und konnten benutzt werden.



No. 01

Inklusion,  
es geht!

Wenn ich fliegen könnte, ja dann: Bau von Körperdrachen am Bremerhavener Strand in einer inklusiven Jahrgangsstufe im Jahr 2014.

Foto: Susanne Carstensen

# *Eigentlich ist es ganz einfach, aber ...*

## Die Forderungen der Fachgruppe Inklusion

---

Von *Martina Siemer, Anna Reimann und Corinna Genzmer*

**W**ie ist es derzeit um die Inklusion im Land Bremen bestellt? Was muss besser werden und wie? Eigentlich ist es ganz einfach: „Inklusion bedeutet, dass alle Schüler:innen gemeinsam unterrichtet werden, wobei sie verschieden sind: So gibt es Kinder und Jugendliche mit besonderen Begabungen und Kinder und Jugendliche, die mehrsprachig aufwachsen, und Kinder und Jugendliche, die eine besondere Förderung benötigen, und Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen. Diese Vielfalt stellt eine Bereicherung für den Unterricht und das Schulleben dar.

Alle in Schule und für Schule Tätigen sind verantwortlich für den gemeinsamen inklusiven Unterricht. Um diesen zu gewährleisten, haben die multiprofessionellen Jahrgangs-, Klassen- und Fachteams an Bremer Schulen Strukturen für verbindliche pädagogische Absprachen und durchgängige Unterrichts- und Lernkonzepte. Damit jedes Kind entsprechend seinen Begabungen, Voraussetzungen und Fähigkeiten optimal gefördert wird, wird der Unterricht so gestaltet, dass sowohl individualisiertes als auch gemeinsames Lernen in der Lerngruppe ermöglicht wird. Dies erfordert einen qualitativollen Unterricht, der didaktisch und methodisch auf die individuellen Bedürfnisse eingeht, passende Lernangebote anbietet und Hindernisse abbaut.“ (8.3.24 <https://www.bildung.bremen.de/inklusion-in-bremen-373699>)

### **Vorhaben kommen nicht voran**

Wesentlich ist die Frage, wie Schulen dem von der SKB formulierten Anspruch gerecht werden können bzw. wie sie darin unterstützt werden. Zuerst einmal das „Augenfällige“: Alle Kinder und Jugendlichen? Es existieren nach wie vor acht Gymnasien und vier Förderzentren (ab Schuljahr 24/ 25 noch drei). Im Koalitionsvertrag wird formuliert, wie unterstützt werden soll: Bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen, Fortbildung und Personalentwicklung für alle Lehrkräfte,

Assistenzkräfte als originärer Bestandteil der Schulen, Kooperationsstunden für multiprofessionelle Teams – um nur Einiges zu nennen. Dass die Realisierung dieser Vorhaben nicht vorankommt, wissen wir alle aus unserem Alltag bzw. können es in der Presse nachlesen. Dabei gibt es geeignete Konzepte und gelungene Modelle der inklusiven Schul- und Unterrichtsentwicklung. In der Gemeinschaftsschule leben und lernen Kinder in heterogenen Klassen gemeinsam von Klasse eins bis zehn. Alle an der Schulgemeinschaft Beteiligten können am demokratischen Schulleben partizipieren. Behördenhandeln als Ausführung des politischen Willens ist hier gefragt. Bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen, Doppelbesetzungen, berufsbegleitende Nachqualifikation bei Personalmangel – das sind die Grundlagen. Nicht minder wichtig ist eine klare Linie aller in der Behörde Tätigen zu einem Inklusionsverständnis, wie es auf der Seite der SKB beschrieben ist – verbunden mit dem Auftrag, Schulen konsequent in dieser Richtung zu unterstützen. Eine gute Schule, die immer auch eine inklusive Schule sein muss, erfordert großes Engagement aller dort Tätigen. Durch Teamarbeit entstehen Synergieeffekte und gegenseitige Professionalisierung. Schulen öffnen sich zunehmend in den Sozialraum: Das gelingt in Kooperation mit dem Quartiersmanagement, im voneinander Profitieren und gegenseitiger konsequenter Unterstützung. Auch hier dürfen Schulen nicht allein gelassen werden, sondern müssen durch entsprechende Zusammenarbeit der Ressorts unterstützt werden.

### **Nur mit anforderungsgerechter Ausstattung**

Die Fachgruppe Inklusion fordert die Senatorin auf, die strukturellen Grundlagen für die Weiterentwicklung der Inklusion, wie den Entwicklungsplan Inklusion 2.0, der auf der Grundlage der Evaluation von Korff und Idel 2022 und Lütje-Klose et al. 2018 erstellt wird, fertigzustellen und keine weitere Verlängerung der Ersten Verordnung unterstützende Pädagogik zuzulassen. Die neue Verordnung unterstützende Pädagogik

sollte konsequent die Statuierung der sonderpädagogischen Förderbedarfe im Übergang zur weiterführenden Schule negieren und stattdessen Förderdiagnostik, Förderplanung im multiprofessionellen Team und eine Ausstattung bzw. Ressourcensteuerung der Schulen nach deren Herausforderungen initiieren. Inklusiv Kulturen – die gemeinsame Haltung in den Teams – braucht Zeit für Schulentwicklungsprozesse und Teamentwicklung in den multiprofessionellen Teams sowie ausreichend Räume bzw. Schulbauten, die nicht durch Enge und die Umwandlung der Fachräume in Klassenräume geprägt sind. Die Entwicklung im Bereich der Assistenzen hin zu systemischer Ausstattung ist fachlich gesehen ein wichtiger Schritt, kann jedoch nur gelingen, wenn dieser Bereich in der Realität auch mit Fachkräften ausgestattet wird. Eine bedarfsgerechte Steuerung und Begleitung der inklusiven Prozesse an den Schulen benötigt nicht zuletzt auch eine Personahinterlegung in der Behörde, die den Anforderungen gewachsen ist.



Koordiniert: Freude am kommunikativen Gelingen feinmotorischer Prozesse in einem Tanztheaterprojekt 2009.

Foto: Susanne Carstensen

## Situation an den ReBUZ

Von Corinna Genzmer

Die ReBUZ befinden sich im Bereich „Bildung“ in einem Umstrukturierungsprozess, der eng mit der Schließung des FÖZ Fritz-Gansberg-Straße zusammenhängt. Ab dem Schuljahr 2024/25 gibt es an den vier ReBUZ eine Bildungs- und Beratungsabteilung. In der Beratungsabteilung gibt es trotz massiv gestiegener Schülerzahlen nicht mehr Personal. Dies führt dazu, dass die Kolleg:innen bei voller Stelle ca. 70 Klienten gleichzeitig betreuen. Der Beratungsprozess ist in der Post-Corona-Zeit häufig komplexer und länger, da andere Unterstützungssysteme vollgelaufen sind und auch mit Personalmangel kämpfen. In den Bildungsabteilungen werden auch intensivpädagogische Lerngruppen neben den Schulmeiderprojekten und den schuleretzenden Lerngruppen gegründet. Die Schüler des FÖZ wechseln dann mit den Kolleg:innen des FÖZ in die ReBUZ. So kann für die Schüler:innen eine regionale Beschulung angeboten werden. Die erarbeitete Ausstattung wurde durch die schwierige Haushaltslage gekürzt.

## Situation an Oberschulen und Gymnasien

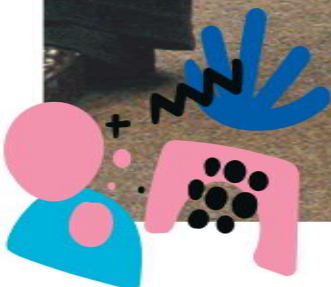
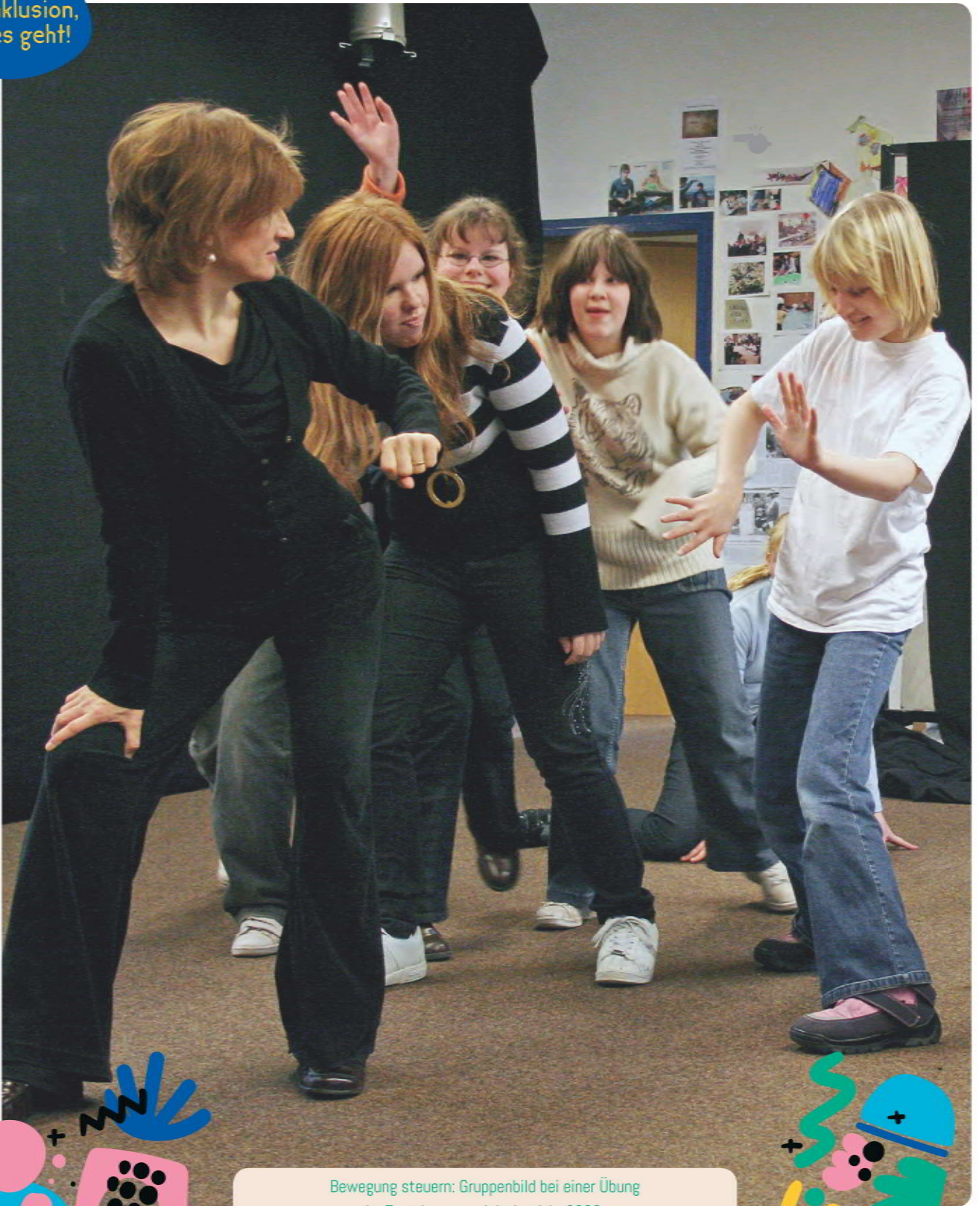
Von Eckhard Feige

In den Wahlkämpfen von 2018/19 sowie 2021/22 beschwören die Regierungsfractionen die hohe Bedeutung von Inklusion in der Bildung und formulieren in den Koalitionsverträgen weitreichende Unterstützungsmaßnahmen für die Schulen. Doch was finden wir derzeit zur Inklusion an den Schulen vor:

- extremer Personalmangel im Bereich der Sonder- und Inklusionspädagogik
- die Sonderprogramme zum Quereinstieg für Lehrkräfte sind eine wichtige Maßnahme, reichen aber nicht aus
- großer Mangel an Assistenzen und Schulbegleitungen (Fehlbedarf von mehr als 120 Stellen)
- Die Maßnahmen zur Qualifizierung sind sinnvoll, jedoch längst nicht ausreichend.
- Die Erhöhung der Klassenfrequenzen ist keinesfalls förderlich für eine wirksame Lernumgebung.
- Die bitter nötige (und versprochene) Teamzeit für das pädagogische Fachpersonal wurde nicht bereitgestellt.
- Leitungsarbeit wird nicht mit Arbeitszeit honoriert und daher an Schulen oft unterbesetzt geleistet.

No. 03

Inklusion,  
es geht!



Bewegung steuern: Gruppenbild bei einer Übung  
im Tanztheaterprojekt im Jahr 2009.

Foto: Susanne Carstensen

# Unterwegs auf steinigem Weg

Inklusion in Bremerhaven: Die Richtung ist klar

Von Inga von Hagen

Laut § 3 (Abs. 4) Bremisches Schulgesetz haben die Bremer Schulen den Auftrag, sich zu inklusiven Schulen zu entwickeln. Aus Bremerhaven kann berichtet werden, dass die Schulen diesen Auftrag in der allergrößten Mehrheit sehr ernst nehmen. Mit unterschiedlichen ausgeprägten Konzepten versuchen die Kollegien, der Diversität ihrer Schüler:innen angemessen zu begegnen und diese ebenso als Ressource zu nutzen, um gemeinsam Perspektiven und Horizonte zu erweitern (Anmerkung: Gemeint sind an dieser Stelle gleichsam Kinder, Jugendliche und Erwachsene.) Derzeitige gesellschaftliche Entwicklungen machen deutlich, dass es wichtiger denn je ist, sich einmal in die Bremische Landesverfassung zu vertiefen und hierbei den Artikel 26 und insbesondere den Abs. 1 zu verinnerlichen. Es ist kein Zufall, dass Mitglieder des Stadtverbandes Bremerhaven vermehrt mit dem Button: „Ich arbeite nach Artikel 26“ gesehen werden.

## Wo liegen die Steine auf dem Weg?

Es muss erneut darauf hingewiesen werden, dass es in Bremerhaven einen riesigen Mangel an Fachkräften im Schulbereich gibt. Die daraus resultierenden Arbeitsbedingungen stellen eine dauerhafte Belastung dar. Das so wichtige Gefühl der Selbstwirksamkeit (nicht nur für Kinder – auch für Erwachsene) geht oft verloren. Es gibt eine erschreckend hohe Anzahl von Langzeiterkrankungen. Das darf nicht sein, und es müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Bezeichnend ist auch, wenn ein Kollege die Rückmeldungen auf einer Personalversammlung zusammenfasst, indem er feststellt, dass nur noch der Zusammenhalt in den Kollegien positiv wahrgenommen wird und im Gegensatz hierzu die strukturellen Bedingungen katastrophal. Auch diese Wahrnehmung spricht dafür, dass in den Schulen überwiegend verdammt gute Arbeit geleistet wird, trotz der dramatischen Situation.

Leider wird in der Öffentlichkeit oder in lokalen Medien dieser Tatsache wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Als erfreulich ist hierbei anzumerken, dass die Darstellung der KESS-Ergebnisse,

die Uli Vieluf im Ausschuss für Schule und Kultur vorgestellt hat, dann doch noch eine Meldung wert waren. Verkürzt gesagt, zeigen die KESS-Ergebnisse die wirklich schwierigen Startbedingungen in den Bremerhavener Schulen und das überdurchschnittliche „Aufholen“ der Schüler:innen.

Es wäre nun zu vermuten, dass Politik alle Kräfte bündelt, um den Schulen zu ermöglichen, ihre ja dann doch mal erwiensenermaßen gute Arbeit weiterhin leisten zu können. Leider ist mancherseits das Gegenteil der Fall. So fordert unvermittelt Herr Teiser von der CDU den Ausstieg seiner Partei aus dem Schulkonsens, und die Möwen kreischen vom Himmel, dass möglicherweise der neue Dezernent für Schule und Kultur der FDP angehören könne. Hierbei gilt es sich auf der Zunge zergehen zu lassen, dass die FDP nie den Schulkonsens unterzeichnet hat und die Wiedereinführung von Noten und Sitzenbleiben ernsthaft als einen Lösungsansatz für derzeitige Probleme an Schulen ansieht ...

## Weitergehen oder umkehren? Weitergehen!

Inklusion ist kein „nice to have“, sondern ein Menschenrecht. Es gilt, sich jetzt zusammenzuschließen und zu zeigen, dass wir die Expert:innen für Bildung sind und der Weg in Richtung Inklusion der richtige Weg ist. Die Initiative zur Gründung eines Arbeitskreises „Inklusive Schulen in Bremerhaven“ ist deshalb absolut begrüßenswert. Eine demokratische Gesellschaft, in der Solidarität kein Fremdwort ist, wird in Schulen entwickelt, geübt und gelebt. In Bremerhaven sind viele Schulen schon eine weite Strecke auf dem Weg gegangen, und es wird Zeit, dass Politik damit beginnt, Steine aus dem Weg zu räumen und nicht neue dazu zu legen.



■ Inga von Hagen, Stadtverband Bremerhaven  
(Foto: GEW)

# „Ich wünsche mir mehr politischen Mut“

Der Landesbehindertenbeauftragte Arne Frankenstein zur Lage der Inklusion in Bremen

Von Karsten Krüger

## Was fällt Ihnen als Erstes ein, wenn Sie an Inklusion in Bremen und ihre Umsetzung denken?

Inklusion ist menschenrechtlich geboten, sie ist nicht verhandelbar. Bremen hat sich daher auf den richtigen Weg gemacht, Inklusion so im Schulgesetz zu verankern, dass sich alle zu inklusiven Schulen zu entwickeln haben. Gleichzeitig

sehen wir ganz deutlich, dass die Umsetzung an vielen Stellen nicht funktioniert. Aktuell sieht man es daran, dass einem zunehmenden Anteil von Kindern mit Behinderung der Schulbesuch ganz oder teilweise versagt wird. Praxisberichte, die mich erreichen, zeigen zudem, dass das System noch nicht flächendeckend inklusiv entwickelt worden ist. Wir brauchen einen richtigen Systemwechsel hin zu qualitätsgesicherter Inklusion. Die Versuche, lediglich über die Akquise von Personal dem Problem zu begegnen, greifen zu kurz.

## Was meinen Sie mit Systemwechsel?

Man muss Bildung in Kita und Schule insgesamt viel mehr im Sozialraum denken – übergreifend mit den verantwortlichen

**„Ich bin überzeugt, dass Inklusion der Schlüssel zur Lösung und nicht das Problem ist.“**

Akteuren, also nicht nur im Bildungsressort, sondern auch im Sozial- und Gesundheitsressort sowie mit den Quartieren rings herum. Hierfür sollte man gute, inklusive Bildungspraxis im Quartier mit einem Modellprojekt erproben, um zu zeigen, dass das möglich ist. Um es auch denen zu zeigen, die angesichts ausbleibender Bildungserfolge in Bremen skeptisch sind. Ich bin überzeugt, dass Inklusion der Schlüssel zur Lösung und nicht das Problem ist. In so einem Modell wird man, wenn man es richtig macht, zeigen können, dass Bildungserfolge für alle auf hohem Niveau möglich sind, ohne jemanden auszuschließen und ohne die gesamten Fachkräfte zu überlasten.



Arne Frankenstein, Landesbehindertenbeauftragter (Foto: Karsten Krüger)



**Sie haben Ihre Hoffnung, dass Inklusion gelingen oder besser gelingen kann, nicht aufgegeben, oder?**

Gewiss nicht. Man muss aus dieser Situation, die eine wirklich dramatische ist, wo ich sage, dass auch Menschenrechtsverletzungen stattfinden, eine weitere Transformation anstoßen, die dazu führt, dass am Ende alle gewinnen. Man kann an anderen Orten auch sehen, dass das funktioniert. Zum Beispiel in Wien oder in Südtirol. Ich wünsche mir mehr politischen Mut, das jetzt in diese Richtung weiterzuentwickeln. Andernfalls besteht die Gefahr, eine Rolle rückwärts zu machen.

**Bremen hat damals beim Beginn des Inklusionsprozesses eher eine Rolle vorwärts gemacht. Das Land war eine Art Vorreiter. Wenn Sie Bildungssenator gewesen wären, was hätten Sie anders gemacht, um den Prozess nachhaltiger zu gestalten?**

Man hätte beginnen müssen, das unterfinanzierte Bildungssystem ganz anders auszustatten, auch im Vergleich mit den Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Inklusion ist eben kein Sparkonzept. Und dann hätte ich konsequent auf eine Einheitsschule gesetzt, die keine Ausnahmen kennt, um Ressourcen zu bündeln. Und nicht zuletzt hätte ich den Entwicklungsplan Inklusion aus dem Jahr 2011 fachlich engmaschiger begleiten und im Sinne eines Maßnahme- und Zeitplans fortschreiben lassen.

**In Inklusionsklassen sitzen bald sechs statt fünf Kinder mit Förderbedarf. Was hat das für Folgen?**

Man sollte das ganz anders konzeptionieren. Jedes Kind mit einem Förderbedarf im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung (W+E) sollte im Schulsprengel unabhängig von W+E-Standorten zur Schule gehen können. Wir brauchen Kompetenzaufbau an allen Schulen, wo solche Kinder sind. Diese Gestaltung von 17 plus 5 oder 17 plus 6, das sehen wir jetzt immer deutlicher, ist anfällig dafür, dass Kinder in einem inklusiven System trotzdem oft exklusiv beschult werden.

**Apropos Kompetenzaufbau. Reicht der recht neu aufgelegte Studiengang „Inklusive Pädagogik“ aus, um ausreichend Fachkräfte zu gewinnen?**

Es ist sehr wichtig, diesen Studiengang seit 2018 nicht nur für die Primar-, sondern auch für die Sekundarstufe zu haben. Dort wird für die qualitätsgesicherte Inklusion ausgebildet und sehr gute Arbeit gemacht. Das auf Dauer auszubauen, zahlenmäßig, aber auch z.B. für den berufsbildenden Bereich, ist gerade in Bremen wichtig, weil auf uns als Vorreiter besonders geguckt wird. Der Inklusionsprozess ist zwar nicht flächendeckend

gut gelaufen, aber es gibt auch Erfolge. Wir haben eine hohe Inklusionsquote, Jugendliche mit Förderbedarf erreichen zunehmend einen Schulabschluss, und wir dürfen den Effekt nicht kleinreden, dass auch Kinder ohne Behinderung lernen, dass Unterschiedlichkeit der Normalzustand ist.

**Vollkommen inklusiv ist das Bremer Schulsystem noch nicht. Einige Gymnasien beteiligen sich nicht, und es gibt auch noch mehrere Förderzentren. Das ist ein Makel.**

Die Förderzentren müssen sich zu inklusiven Bildungsstandorten weiterentwickeln, das heißt umgedrehte Inklusion. Die Kompetenz vor Ort ist zu nutzen, und die Förderzentren sollten sich für Kinder ohne Behinderung öffnen.

*„Die Förderzentren müssen sich zu inklusiven Bildungsstandorten weiterentwickeln, das heißt umgedrehte Inklusion.“*

**Also zum Beispiel die Paul-Goldschmidt-Schule, ein Förderzentrum für körperliche und motorische Entwicklung.**

Genau. Diese Schule müsste eine große Anzahl von Kindern ohne Behinderung zugewiesen bekommen. Das ist auf Grund der Schülerzahlen in Bremen-Nord möglich. Dies gilt auch für die Förderzentren Marcusallee und an der Gete. Auch alle Gymnasien und Oberschulen müssen sich inklusiv entwickeln. Dieser Auftrag ist anzunehmen.

**Zum Schluss eine Gegenwartsfrage. Angenommen, Sie wären in Verantwortung, was würden Sie sofort anpacken, um den Inklusionsprozess zu fördern?**

Gute Frage. Das erste wäre in dieser schwierigen Gemengelage, eine ganz klare Haltung zu zeigen und allen Beteiligten noch mal ausdrücklich zu sagen, dass Inklusion nicht verhandelbar ist und dass wir das konsequent machen wollen. Und dann würde ich den Entwicklungsplan Inklusion 2.0 als Steuerungsinstrument aufsetzen und auf den oben beschriebenen Transformationsprozess hin zu qualitätsgesicherter Inklusion als Schlüssel für gute Bildungspraxis setzen. ■

# Spontanes „Abbestellen“ von Schüler:innen

Elternnetzwerk Sonderpädagogik Bremen  
engagiert sich für verlässliche Beschulung

Von Burkhard Gerdes



Burkhard Gerdes,  
Schulpersonalrat  
(Foto: Susanne Carstensen)

**B**remenweit gibt es viel Unzufriedenheit auf Seiten der Eltern von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf: Die Beschulung ihrer Kinder kann aufgrund von zu wenig Personal oft nicht sichergestellt werden. Größte Kritikpunkte der Eltern sind dabei die fehlende Verlässlichkeit der Beschulung, das häufige spontane „Abbestellen“ der Schüler\*innen

und die unzulänglichen Maßnahmen von Seiten der Behörde, um dem massiven Personalmangel entgegenzuwirken. Deshalb hat sich im September 2023 das Elternnetzwerk Sonderpädagogik Bremen formiert. Es will eine Anlaufstelle für Eltern von Schüler\*innen mit Förderbedarf sein, um gemeinsam auf Missstände aufmerksam zu machen. Das Netzwerk bietet Eltern von Kindern und Jugendlichen in der Inklusion und den Förderschulen ein Forum für Austausch und gegenseitige Unterstützung sowie zum Planen gemeinsamer Aktionen. Es versteht sich als Ergänzung zu den vorhandenen Gremien des Zentralelternbeirats und will mit der Netzwerk-Idee spontaner handlungsfähig sein und einen niedrighschwelligem Zugang bieten.

## Forderungen des Elternnetzwerks sind:

- Recht auf Unterricht, nicht nur Betreuung aller Schüler\*innen mit Förderbedarf.
- Erst im Senat und dann im Bund die Umwandlung der Mittel für unbesetzte Stellen in flexible Finanzmittel oder Überbrückungsgelder ermöglichen, um diese schnell und unkompliziert den Schulen als souveräne Mittel zur Verfügung zu stellen (das

Geld für nicht besetzte Stellen ist schließlich schon bereitgestellt und könnte die Bezahlung von Honorarkräften oder entlastende Projekte zu ganzheitlichem Lernen ermöglichen).

- Im Bund dafür kämpfen, dass die im Koalitionsvertrag vorgesehenen zehn Prozent des Bruttosozialprodukts für Bildung verwendet werden und nicht nur fünf Prozent wie zurzeit.
- Flexiblere Einstiegsmöglichkeiten für Schulbegleitungen/Assistenzen (wie nun begonnen), um die Tätigkeit für immer mehr Personen möglich zu machen (Quereinsteiger\*innen-Programme, duale Ausbildung, Teilzeit, Nebenjob, Qualifizierung on the job) und diese Möglichkeiten an alle Interessierten zu kommunizieren.
- Anreize und Wertschätzung für die Tätigkeit als Assistenz in Schule erhöhen (angemessene Entlohnung, Einbindung in multiprofessionelle Teams, eine passendere Bezeichnung für „Assistenzen“ finden, Erhöhung der Stunden für Einarbeitungs- u. Übergangszeiten, Supervision etc.).
- Anstellung der Assistenzen bei SKB, nicht beim Martinsclub.
- Zeitnahes Aufstocken der Unterrichtskontingente an Förderschulen (Entwicklung hin zu Ganztagschulen).

## Treffen für alle offen

Die Netzwerk-Treffen finden an jedem ersten Sonntag im Monat online statt. Inzwischen beteiligen sich Eltern aus elf Bremer Schulen. Alle interessierten Erziehungsberechtigten von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind – einmalig oder kontinuierlich – willkommen. Immer wieder sind auch Expert\*innen dabei, die helfen, konkrete Maßnahmen zu entwickeln oder für mehr Vernetzung zu sorgen. Begleitet werden die Eltern bei diesen Treffen von mir als Vertreter des Personalrats Schulen. Ausgegangen ist die bremenweite Initiative von Eltern der Paul-Goldschmidt-Schule (PGS). Dort war der Unterricht seit den Sommerferien wegen extremen Personalmangels auf eine

*„Das wollten die Eltern nicht hinnehmen. Die Unzufriedenheit, was die Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf angeht, beschränkt sich aber keineswegs nur auf die Paul-Goldschmidt-Schule. Daher ist das Netzwerk schnell gewachsen.“*

Vier-Tage-Woche umgestellt worden. Das wollten die Eltern nicht hinnehmen. Die Unzufriedenheit, was die Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf angeht, beschränkt sich aber keineswegs nur auf die PGS. Daher ist das Netzwerk schnell gewachsen.

#### Öffentlichkeitswirksame Erfolge

Nicht nur gab es bereits einige Medienbeiträge über das Elternnetzwerk, sondern Senatorin Sascha Aulepp und Bürgermeister Andreas Bovenschulte haben zudem persönlich die PGS besucht.

Hier wurden die Forderungen der Eltern direkt adressiert. Zudem hat der Bürgermeister als „Ersatzassistent“ Einblick in die Arbeit an der PGS bekommen. Auch gab es Austauschtreffen mit Behördenvertreter\*innen und dem Landesbehindertenbeauftragten. Eine Ausweitung des Netzwerkes ist geplant, und es werden kleinere und größere Aktionen konzipiert, um die Eltern-Forderungen an möglichst vielen Stellen in den Fokus zu rücken.

Wer interessiert ist, meldet sich bitte unter [elternnetzwerk-sonderpaedagogik@gmx.de](mailto:elternnetzwerk-sonderpaedagogik@gmx.de)

No. 04

Inklusion,  
es geht!

Gemeinsame Balance finden: Körperübungen innerhalb der Einstimmungsphase in einem mehrjährigen kooperativen Tanztheater-Projekt an der Immanuel-Kant-Schule im Jahr 2008, Vorläufer der inklusiven Klassen der jetzigen Oberschule.

Foto: Susanne Carstensen

# Inklusiv-Worthülsen und Versprecher

Koalitionsverträge nach Wahlen versus nackte Realität

Von Wilfried Meyer

**E**ine positive Entwicklung des Bremer Bildungswesens können wir zum wiederholten Mal nicht feststellen, im Gegenteil: Dringend nötige Investitionen werden nicht durchgeführt, weil das notorisch klamme Land Bremen durch diverse, auch bundespolitische Maßnahmen, immer klammer wird. Bisher ist der öffentliche, aber auch interne nötige Aufschrei der Betroffenen leider weitgehend ausgeblieben. Politik wurschtelt vor sich hin, Kollegien ertragen die Misere zum Teil auf Kosten ihrer Gesundheit.

Inzwischen lassen sich die Missstände auch nicht mehr durch hehre Politikersprüche kaschieren. Wer noch Nachrichten aus der Region Bremen verfolgen mag, der stößt fast täglich auf Artikel zur Marodität des Systems, das jahrelang schöngeredet wurde und immer noch wird. Und dabei stößt man auch an seine eigenen Grenzen, der Hinnahme dieser für die Gesellschaft teuren, spalterischen und nicht die Demokratie fördernden Politik. Die Haushaltspolitik der Bremer Koalition, die immerhin schon von Notlagen spricht, ist eine einzige Elendsverwaltung, irgendwie vom Sparzwang getrieben. Ein beredtes Zeichen war der Wahlkampf der SPD zur letzten Bürgerschaftswahl, der ja wie stets von einer Marketingfirma veranstaltet wurde. Bildung hatte man bewusst herausgenommen, ein heißes Thema eben. Und durch die vergangenen Jahrzehnte quälten sich und uns diverse Senatoren und Senatorinnen. Die meisten von ihnen mit einer Profession, die mit Bildung nur im Entferntesten zu tun hatte. Kurz gesagt, ein Amt wird angetreten, und alles ohne Ahnung, zum Teil auch von den Örtlichkeiten in Bremen. In kaum einem anderen Beruf als der der Politikerin ist Geschwätz ein Qualitätskriterium.

## Ein formidabler Brüllwitz

Was steht denn drin zur Inklusion? Zur Sache: Die Koalitionsverträge aus den Jahren 2015 und 2019 fielen auf durch das nichtssagende Adjektiv „gut“. Überschrift zur Inklusion: „Gute Schulen sind inklusiv“. Gut ist dermaßen nichtssagend.

Es sagt uns, dass eigentlich alle anderen Schulen eher mäßig sind? Die sollen sich anstrengen, um auch gut zu werden? Und dann: „Bremen ist heute deutschlandweit führend im Bereich der schulischen Inklusion“. Damit kann sich vielleicht eine Senatorin auf die Schulter klopfen, in den Schulen gilt dies als formidabler Brüllwitz. „Die individuelle Entwicklung der Schülerinnen und Schüler muss im Mittelpunkt des Unterrichts stehen“, „Für Schülerinnen und Schüler mit stärkeren Verhal-

**„Politik wurschtelt vor sich hin, Kollegien ertragen die Misere zum Teil auf Kosten ihrer Gesundheit.“**

tensproblemen benötigen wir außerhalb des Regelunterrichts zeitweise pädagogisch-praktische Angebote.“ Wer ist wir? ZuPs und RebUZ sollen gestärkt werden, und nicht fehlen darf als Allgemeinplatz „Qualitätsstandards für inklusive Beschulung definieren“. Wenn man das liest, dann muss man auch fragen dürfen, wer denn die Qualitätsstandards für die Politik definieren darf. Diese durften doch bisher immer alles, was sie nicht machen wollten, durchziehen. Und in den wenigsten Fällen haben Betroffene mitwirken dürfen. (Wir bitten Kolleginnen oder Kollegen, die an Koalitionsverträgen zum Punkt Bildung mitgearbeitet haben, sich zu melden!)

## The same procedure as every four years.

Der Koalitionsvertrag von 2023

„Die Koalition wird:

- den begonnenen Einstieg in die Doppelbesetzung fortführen und massiv zusätzliches Personal einstellen. Prioritär werden die Grundschulen mit Sozialindikator fünf und vier mit einer zweiten Kraft (eine Vollzeitereinheit [VZE] für zwei

Klassen) für die 1. Klassen ausgestattet, um den Erwerb der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen zu unterstützen.“ Dazu durften wir ja Ende März vernehmen, dass das auf einem Finanzirrtum beruhte. Für 35 Stellen hat es gerade einmal gereicht, dann muss aber Schluss sein, denn das Geld fehlt. Auch Miriam Strunge von den Linken findet das unmöglich, aber was macht die Regierungspartei dagegen? So wird es wieder nichts mit Grundfertigkeiten. Und wenn die Schulleitung der Grundschule Stichnetstraße sagt, dass der Mehrheit der Eingeschulten fast alle Basics fehlen, sollten wir das schon akzeptieren.

- Und wie weiter im Vertrag: „Nachfolgend werden wir auch die höheren Klassenstufen der Grundschulen mit Sozialindikator fünf und vier und die Schulen mit Sozialindikator drei mit einer zweiten Kraft (eine VZE für drei Klassen) ausstatten.“ Die Realität hat den Vertrag wieder eingeholt. Diese Maßnahme scheitert leider auch am Geld. Und für Zyniker lesen wir noch „Dabei setzen wir darauf, dass die Schulen selbst am besten wissen, was ihren Kindern hilft.“

Die GEW Bremen bemängelt seit vielen Jahren, dass Hamburg und Berlin als Stadtstaaten pro Jahr erheblich tiefer für ihre Kinder in die Tasche greifen (2000 bis 3000 Euro). Als unerreichbares Ziel steht es aber in jedem Koa-

litionsvertrag: „das Ausgabenniveau pro Schüler\*in nach und nach an das Niveau der anderen Stadtstaaten annähern“. Papier ist unendlich geduldig. Weitere Highlights in Kurzform. „Die Koalition wird:

- die Schulen bedarfsgerecht ausstatten.
- die Zuweisung von Personal nach den Förderbedarfen der Kinder richten.

Jede Schule braucht im Kollegium insbesondere auch eine ausreichende Zahl von Sonderpädagog\*innen, um die Herausforderungen der Inklusion adäquat umsetzen zu können.“

### Der immer gleiche Wortunfug

So zieht sich durch verglichene Papiere der Koalitionäre immer der gleiche Wortunfug, der er bleibt, wenn er nicht durch erklärende Taten und Maßnahmen in den Schulen in der zum Teil bitteren Realität klar werden könnte. So wird es nichts mit einer „gerechten Schule“ für alle Kinder und Jugendlichen. Fazit: Versprechen, die es reichlich gibt, könnten sich als Lügen entpuppen, zumal die Politik sie über Jahre nicht umgesetzt hat. Die Lage hat sich verschlechtert und lässt sich nicht mehr schönreden. Und in einem vom Geld regierten System kann man nichts tun, wenn man es nicht hat. ■



Halt finden in der Gruppe: Die Tanztheaterpädagogin Claudia Hanfgarn (knieend in der Mitte) stellte sich im Jahr 2008 dem Prozess auf der Suche nach Gemeinsamkeiten.

Foto: Susanne Carstensen

No. 05

Inklusion,  
es geht!

No. 06

Inklusion,  
es geht!



Aufeinander zugehen: Ausschnitt aus einer Bühnenaufführung im Jahr 2010 innerhalb eines Tanztheaterprojektes im Rahmen der Bremerhavener Cooltour im Theater im Fischereihafen.

Foto: Susanne Carstensen



# Im Ernst jetzt?

Den Orientierungsrahmen Schulqualität braucht wirklich kein Mensch

Von Wilfried Meyer

Die Senatorinnen-Web-Seite, Stichwort Qualität. Ich konnte mein Glück kaum fassen: Der zwölfjährige (!) Hinweis auf Überarbeitung des Orientierungsrahmens Schulqualität ist verschwunden, seit Februar 2024 gibt es eine brandneue Ausgabe (Entwurf). Es ist eine Grafik des Staunens, oder auch: Wer hat sich das bloß ausgedacht? „Die Mindmap leitet inhaltlich in die Thematik ein und soll Inspiration und Fokussierung für die Arbeit mit dem Orientierungsrahmen liefern.“ (Behörde) Mit dieser Mindmap, übersichtlich und motivierend (Ironie) und dem Rahmen sollt ihr euch mit Schulentwicklung befassen. Dafür ist sie da. Sie ist nicht als sinnloses Labyrinth erdacht, sondern fasst prägnant und unanschaulich zusammen, was wirklich wichtig ist. Jedenfalls im Leben der Behörde. Da es zwölf Jahre gedauert hat, sind die Erwartungen natürlich hoch. Wahrscheinlich erwartet der Behörden-Thinktank am Rembertikreisel sprunghafte Anstiege der Klickzahlen und Aulepp erhält Follower ohne Ende, leider ohne Verstand. Denn die Frage muss erlaubt sein: Wer will das lesen? Wem wird der neue Rahmen, der für „alle Ebenen verpflichtend ist“, gerecht? „Herzliche Leidenschaft“, „das Lernen lieben“; nicht die, der oder es als Schatz, nein, „Mehrsprachigkeit als Schatz“.

## Auf sinnvolle Pädagogik eingedroschen

Man muss sich schon in den weiteren Text vertiefen, um weitere versteckte Schätze zu finden: „Kaufe nur die Bleistifte, die dir gefallen!“ ist zum Beispiel ein versteckter wichtiger Hinweis für Anfänger. Schaut euch mal im Internet um unter dem Stichsatz „Catch Them Being Good“ (siehe Grafik unter Stichpunkt Schulqualität). Unglaubliche angebliche Hilfen im Umgang mit schwierigen Kindern. „They are kicking, hitching and biting“? Dann kaufe einen amerikanischen Schnellkurs, und in ein paar Wochen ist das Problem für dich gelöst. Oberbegriff „Catching kids to be good“. Dazu wird auch unter anderen US-Werken das Buch „Better with Nuts, Classroom survival & Success for

New & Developing Teachers“ vertrieben! (Siehe Abbildung) Die Lehrerbibel für 7,65 Dollar? Ein Narr, der denkt, dass die Behörde in schlichter Übersetzung nur das pädagogische „Lob den Schüler und tadele ihn nicht“ meint. Hier wird weiter auf die sinnvolle Pädagogik eingedroschen mit Schlagwörtern und Links, die einem die Haare zu Berge stehen lassen.



Das Labyrinth vom Rembertiring. (Grafik: SKB)

## Unrealistische Banalitäten

Hier ein von mir per Link verfolgtes Beispiel: Das Geheimnis, ein alter Hut für gut gebildete Lehrkräfte. Zitat „Diese Technik ist eine großartige Möglichkeit, Kinder zu motivieren, ihr Bestes zu geben (verhaltensmäßig und schulisch). Vor einem Unterricht, einer Aktivität, einem Spaziergang zurück in den Raum, was auch immer ... Ziehen Sie einen Namen aus einem Stapel Papierfetzen, der alle Namen der Schüler enthält. Halten Sie diesen Namen geheim. Die Schüler wissen (da Sie es ihnen gesagt haben), dass diese ausgewählte Person beobachtet wird, →

*„Ein Narr, der denkt, dass die Behörde in schlichter Übersetzung nur das pädagogische ‚Lob den Schüler und tadele ihn nicht‘ meint. Hier wird weiter auf die sinnvolle Pädagogik eingedroschen mit Schlagwörtern und Links, die einem die Haare zu Berge stehen lassen.“*

→ um festzustellen, ob sie sich gut verhalten hat und die Belohnung verdient. Alle Schüler in Ihrer Linie oder Klasse hoffen, dass sie ausgewählt wurden, und geben dann ihr Bestes, um sich gut zu benehmen. Nach Abschluss der Aufgabe wird der Name des Schülers bekanntgegeben und bei Bedarf ein Preis verliehen. Achten Sie darauf, anderen ein Kompliment zu machen, die sich wirklich gut geschlagen haben (im Vergleich zu ihrem typischen Verhalten). Eine Variante: Wenn eines Ihrer „schwierigeren“ Kinder wirklich gut abschneidet, können Sie so tun, als wäre der gezogene Name sein/ihr (obwohl Sie einen anderen Namen gezogen haben). Es wird dazu beitragen, dieses positive Verhalten in Zukunft noch stärker zu fördern.“ Ja, Kolleginnen und Kollegen, so will es die Behörde anscheinend haben, sonst würde man diese unrealistischen Banalitäten nicht verlinken.

#### **Gießkannenprinzip und Engpässe**

Es gibt auch wertvolle Links, zu denen man sich (oder vielleicht die Schulleitung) erst durchklicken muss, wie diesen, wo es heißt: „Im Erziehungs- und Bildungssystem erscheint bis heute eine inklusive Stückwerksmentalität, wobei es die Politik auch hier innerhalb der letzten fünf Jahre noch nicht hinreichend geschafft hat, verbindliche gesetzliche Regelungen und Planungen überall auf den Weg zu bringen, um die inklusiven Maßnahmen einheitlich in Bund, Ländern und Kommunen zu gestalten. Die

unsichere Finanzierung auf kommunaler Ebene im Streit mit den Ländern ist ein Ausdruck hiervon.“ Oder „Die gegebenen Ressourcen pro Schule und Schüler/in sind umstritten. Da, wo andere Länder im internationalen Vergleich grundsätzlich bereits von Teamteaching in inklusiven Lerngruppen ausgehen, wird in Deutschland noch darum gerungen, wie viele Stunden pro Schüler/in mit besonderem Bedarf zugeteilt werden. Statt von konkreten Bedarfen vor Ort auszugehen, wird eher eine Quote nach dem Gießkannenprinzip verhandelt, was an etlichen Orten zu Engpässen führt. Zugleich ist es ein sehr großes Problem, dass keine komplett inklusiv ausgebildeten Lehrkräfte zur Verfügung stehen, sodass spezialisierte Sonderpädagog/innen als Lösung für alle Inklusionsbedarfe erhalten sollen.“

([https://www.uni-koeln.de/hf/konstrukt/reich\\_works/aufsätze/reich\\_91.pdf](https://www.uni-koeln.de/hf/konstrukt/reich_works/aufsätze/reich_91.pdf))

#### **Vergeudete Ressourcen**

Die konkrete Situation in Bremen entspricht voll dieser Kritik. Kollegien brauchen Doppelbesetzung, mehr Fachkräfte, Supervision, also Stundenermäßigung gerade für inklusive Arbeit. Nicht einmal die zwei Entlastungsstunden für die Grundschulen im Brennpunkt hat es gegeben. Diesen Orientierungsrahmen braucht wirklich kein Mensch. Schade um die vergeudeten, vergangenen und auch zukünftigen Ressourcen. Die Redaktion bittet um Rückmeldungen! ■







Stürmisch voran: „Für ein gutes Foto geben wir noch mal alles“-Pressebild und gefühlt der dritte Versuch, die Flugfähigkeit des eigenen Körpers zu erkunden. Ein Strandprojekt im Jahr 2014.

Foto: Susanne Carstensen

# *Gelebter Alltag mit fehlenden Ressourcen*

Ein Überblick zum Stand der Inklusion in der Kinder- und Jugendhilfe

Von *Melanie Rosenwirth*

**A**uch in der außerschulischen Jugendbildung und Jugendverbandsarbeit ist Inklusion ein Thema – von jeher. Jugendverbände sehen sich per se als freiwilliger und demokratischer Zusammenschluss von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und verfolgen das gemeinsame Ziel, das selbstbestimmte, kreative und vor allen Dingen gemeinsame Handeln zu fördern. Die dort tätigen und engagierten haupt-, neben- oder ehrenamtlichen pädagogischen Mitarbeiter:innen verstehen den Begriff Inklusion nicht nur als Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung, sondern auch von jungen Menschen mit unterschiedlicher Nationalität, Geschlecht, sexueller Orientierung, aber auch unabhängig vom Bildungsniveau und dem sozialen Status.

## **Neues Gesetz 2028**

Vonseiten des Gesetzgebers wird seit 2021 an der Reform des SGB VIII zur Kinder- und Jugendhilfe gearbeitet. Das daraus entstandene Kinder- und Jugendstärkungsgesetz soll nun stufenweise bis 2028 in Kraft treten und sieht unter anderem die Verankerung des Leitgedankens der Inklusion sowie die Sicherstellung und Nutzbarkeit von inklusiven Angeboten in der Jugendarbeit vor. In Bremerhaven arbeiten seit 2022 die verschiedenen Ämter (angefangen vom Jugendamt über das Schulamt bis hin zum Sozialreferat und Amt für Menschen mit Behinderung) und die freien Träger gemeinsam an der Umsetzung der Gesetzesreform. Die Reform wird von allen Ämtern als großer Schritt zu einer modernen inklusiven und beteiligungsorientierten Kinder- und Jugendhilfe begrüßt. Gleichzeitig ist die Problematik bei der Umsetzung bekannt, und es wird zugegeben, dass die Gesetzesänderungen kurz- und mittelfristig auch einen höheren Ressourceneinsatz bedeuten, der noch genau ermittelt werden müsse.

## **Grundlegender Standard**

Konkret sieht die Reform unter anderem vor, dass Konzepte auch in der Jugendförderung und Verbandsarbeit auf die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung ausgerichtet sind, inklusive Ferienangebote und Ferienfreizeiten entwickelt und angeboten werden sowie Zugänge barrierefrei gestalten werden. Die von der Reform geforderte Partizipation von jungen Menschen mit Behinderung ist in

*„Die von der Reform geforderte Partizipation von jungen Menschen mit Behinderung ist in den Jugendverbänden aber schon grundlegender Standard ihrer Arbeit.“*

den Jugendverbänden aber schon grundlegender Standard ihrer Arbeit. Aus ihrem Selbstverständnis heraus sind die Angebote der Jugendverbände (ob nun pädagogisch, kulturell, sportlich oder politisch) für alle prinzipiell offen. Inklusive Gruppentreffen, Seminare oder Ferienfreizeiten gibt es in den Verbänden schon seit Jahren. Um mehr bzw. alle jungen Menschen mit Behinderung zu erreichen und zu beteiligen, braucht es inklusive Formate in der Öffentlichkeitsarbeit bzw. barrierefreie digitale Informationsangebote. Dazu wiederum werden mehr zeitliche (und auch personelle und finanzielle)

## „Nicht zuletzt bedeutet Inklusion ... auch den Einbezug armutsbetroffener Menschen durch eine Hundertprozentförderung der Jugend(verbands)arbeit ... !“

Ressourcen benötigt, die von den Hauptamtlichen und insbesondere von ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen, neben ihrer alltäglichen Arbeit, nicht auch noch geleistet werden können.

### Mehr Fachpersonal nötig

Aus der Perspektive der Jugendverbände braucht es außerdem auch mehr Fachpersonal, um inklusive Schutzkonzepte zu entwickeln und das Ehrenamt zu unterstützen, weniger Bürokratie sowie eine (ehrenamtsgerechte) Umsetzung von Evaluationen. Außerdem mehr Methodenvielfalt durch aus-

gebildete Teamer\*innen auch im Bereich Sonder- und Heilpädagogik sowie etablierte und regelmäßige themenspezifische Fortbildungen (über die Juleica hinaus). Für Ferienfreizeiten braucht es eine Poollösung für Assistenzen, die Finanzierung barrierefreier, Veranstaltungsorte oder ganz pragmatisch beispielsweise Rollstühle speziell für Zeltlager-Gelände. Nicht zuletzt bedeutet Inklusion aus Sicht der Jugendverbände auch den Einbezug armutsbetroffener Menschen durch eine Hundertprozentförderung der Jugend(verbands)arbeit und somit kostenfreie Angebote! ■



Nähe zulassen: Schnappschuss aus einer Unterrichtssequenz im Sozialen Lernen an der Immanuel-Kant-Schule im Jahr 2004. Gerade junge Menschen besitzen noch die Gabe, sich auf neue Situationen und Aufgabenstellungen einzulassen. Wichtig ist, ihnen dafür die notwendigen Räume und Bewegungsmöglichkeiten zu bieten.

# Rin in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln

Was ich schon immer mal sagen wollte –  
Eine Kolumne von Angelika Hanauer



Ich weiß nicht, wie es euch geht, aber ich habe den Eindruck, gewisse Leute glauben, unser Erinnerungsvermögen entspräche etwa dem von Fruchtfliegen und bestimmte Dinge entgingen daher unserer Aufmerksamkeit. Wobei ich den Tierchen nicht Unrecht tun möchte, denn vielleicht ist ihr Gedächtnis bezogen auf ihre kurze Lebensdauer ja gar nicht so schlecht. Ich selbst kann mich oft besser an Vergangenes erinnern als gut für mein mentales Wohlbefinden ist. So entsinne ich mich beispielsweise, dass vor Kurzem Pazifisten noch Leute waren, die sich für friedliche, gewaltfreie Lösungen von Konflikten einsetzten. Heutzutage kann sich auch Pazifist nennen, wer von modernen Waffensystemen und Munition parliert und sich für die Lieferung selbiger an Kriegsparteien ausspricht.

Aber, anderes Thema, wir sind ja im Bildungsmagazin. Diesmal gehen mir diverse Geldvernichtungsstrategien der bremischen Bildungspolitik durch den Kopf, die darin bestehen, bestimmte Strukturen erst abzuschaffen, um sie dann später wieder aufzubauen – oder umgekehrt.

**Besser erst die Birne nutzen, dann die Abrissbirne**  
Könnt ihr euch z. B. daran erinnern, dass 2006 das Schulzentrum Willakedamm in Huchting nebst Turnhalle abgerissen wurde? Die Verantwortlichen waren offenbar der Meinung, man bräuchte nicht mehr so viele Schulgebäude. Guter Witz!

Zwischenzeitlich war das Gelände, weil sich so ohne Weiteres kein Käufer fand, eine Hundewiese. Jetzt beherbergt die Fläche den Containerbau der neu gegründeten Grundschule Sodenmatt, bis dafür ein neues Gebäude fertig wird.

## **Kalabums – Rolle rückwärts**

Und wisst ihr noch, dass ausgerechnet Willy Lemke, ehemaliger Werder-Manager, in seiner Zeit als Bildungssenator trotz massiver Warnungen vor den Auswirkungen auf Schul- und Vereinssport den Lehramtsstudiengang Sport in Bremen abgewickelt hat? Warum überhaupt zumachen? Na ja, ist doch billiger, andere die Lehrkräfte für einen ausbilden zu lassen – das war tatsächlich ein Argument. Willy und seine

Sportsfreund:innen waren wohl außerdem der Meinung, das bisschen Sport an Schulen könne auch von Übungsleiter:innen vermittelt werden. Insbesondere Schwimmen wurde seither nicht mehr von ausgebildeten Lehrkräften erteilt, und es gab auch insgesamt weniger Sportunterricht. Mit der Folge, dass immer weniger Kinder sicher schwimmen können und der Bewegungsmangel bei

*„ ... und es gab auch insgesamt weniger Sportunterricht. Mit der Folge, dass immer weniger Kinder sicher schwimmen können und der Bewegungsmangel bei Kindern und Jugendlichen stetig zunimmt.“*

Kindern und Jugendlichen stetig zunimmt. Zum Wintersemester dieses Jahres soll es nun wieder Lehramtsstudierende im Fach Sport geben. Wie kam es zu dieser Rolle rückwärts? Fehlten vielleicht Sportlehrkräfte oder litt die Qualität des Schulsports und wenn ja, wer hätte das bloß ahnen können?



*„In meiner ersten Kolumne hier  
hatte ich nach dem Sinn des Schulamtes  
gefragt und ob es nicht wegkönne.  
Scheinbar wusste auch die Behörde keine  
Antwort auf diese Fragen und ist nun  
meinem Vorschlag gefolgt.  
Weiter so: Mehr auflösen.“*

#### **Das konnte doch keiner ahnen, Teil II**

Mitte der 2000er wurde die Schließung des hoch angesehenen Studiengangs Behindertenpädagogik an der Uni Bremen eingeleitet. Die Idee war, dass Inklusion nun eine Regelaufgabe sei, die alle Lehrkräfte gleichermaßen leisten sollen und können. Schon ziemlich früh wurde klar, dass man auch hier zu kurz gesprungen war. (Vielleicht lag es am sportlichen Unvermögen?) Es fehlte danach schlicht an Fachkräften. Zunächst wurde dann ein berufsbegleitender Weiterbildungsstudiengang eingerichtet. Damit allein war der Bedarf aber nicht zu decken. Seit 2018 kann man in Bremen Inklusive Pädagogik / Sonderpädagogik studieren. Der ehemalige Landesbehindertenbeauftragte Steinbrück sagte zu diesem Anlass in der TAZ: „Wir haben davor gewarnt, dass Versorgungslücken geschaffen werden.“ Dass es dann genau so kam, konnte doch keiner ahnen.

#### **Auflösungserscheinungen**

Das aktuelle Organigramm der Bildungsbehörde enthält zwei Kästchen, die seltsam verloren wirken, und zwar für die Abteilungen „Schulische Bildung, Aus- und Weiterbildung“ und das „Schulamt“. Beide wurden erst 2020 gegründet und sollten auf insgesamt 25 zusätzliche Stellen ausgebaut werden, die Leitungsstellen mit B-Besoldung. Ihr wisst ja, Geld spielt keine Rolle. Nun, knapp vier Jahre später, liest man in den einsamen Kästchen, dass die Abteilungen sich „in Auflösung“ befinden. Mein Gedächtnis weist mich in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Behörde 2019 für Steuergeld einen Unternehmensberater beauftragt hatte, sich die Bildungsverwaltung mal genauer anzusehen. Aber noch bevor der Gelegenheit hatte, auch nur die Brille aufzusetzen, wurden die beiden Abteilungen schon mal gegründet. Erst mal machen,

dann analysieren. Von den Ergebnissen des Beraters hat man nie wieder etwas gehört. In meiner ersten Kolumne hier hatte ich nach dem Sinn des Schulamtes gefragt und ob es nicht wegkönne. Scheinbar wusste auch die Behörde keine Antwort auf diese Fragen und ist nun meinem Vorschlag gefolgt. Weiter so: Mehr auflösen!

#### **Das Costa fast gar nix – oder?**

Man könnte leicht annehmen, es sei kostenneutral, einen Studiengang einfach mal zu und wieder aufzumachen, aber ein klitzeklein wenig länger gegrübelt, und man kommt zu dem Schluss, dass die Summen, die da in den Sand gesetzt wurden, ziemlich groß sein müssen. Nehmen wir nur den Zustand der Sportstätten an der Uni Bremen, allen voran des Unibades, das durch mangelnde Instandsetzung nun so marode ist, dass es vermutlich schon im Sommer geschlossen werden muss, um dann für viele Millionen saniert zu werden. Von den langfristigen gesellschaftlichen Kosten durch Bewegungsmangel gar nicht zu reden. Und einen Studiengang kann man auch nicht einfach zum Nulltarif wiedereröffnen. Expertise und Konzepte müssen wieder neu entwickelt werden. Gleiches gilt für den Aufbau neuer Abteilungen – von den Kosten für zusätzliche Stellen mal ganz abgesehen.

Mir fehlt leider die Zeit, zusammenzurechnen, wie viel Steuergeld im ewig klammen Bremen für die genannten Beispiele verbraten wurde, aber eins kann ich mit Gewissheit sagen: Man könnte sich für diese Summe sehr viel Doppelbesetzung leisten. Der Landesrechnungshof könnte statt meiner doch mal genauer draufschauen und wenigstens mit dem Finger auf die Verantwortlichen zeigen, bevor alle in den Fruchtfliegenmodus wechseln. ■

# Im Osten nichts Neues

Saids „Orientalismus“-Theorie und ihre Widersprüche

Von Werner Pfau

**E**dward Saids Arbeit über den Orientalismus avancierte zu einem der Gründungsdokumente postkolonialer Theorie. Dort genießt sie mittlerweile fast schon kanonischen Status. Nach ihrem Erscheinen wurde sie allerdings von Fachgelehrten, auch politisch wohlgesonnenen, einer fundamentalen Kritik unterzogen. Dem Erfolg tat das keinen Abbruch: Die Botschaft des Werks fiel auf fruchtbaren Boden und überwucherte alle wissenschaftlichen Einwände.

## Eine folgenreiche These

Wer in Palermo das Castello della Zisa aus dem 12. Jahrhundert besucht, stößt dort auf eine Grabplatte, deren Inschrift in jeweils vier Sprachen gehalten ist: Latein, Griechisch, Hebräisch und Arabisch. Den damaligen normannischen Königen Siziliens galt die Sprache des Koran, auch wenn bisweilen kriegerische Händel mit muslimischen Herrschern auszufechten waren, als eine kulturelle Errungenschaft der ihnen bekannten Welt. Spuren arabischer Kunst finden sich in allen normannisch geprägten Bauten Siziliens. Ginge es nach dem Schema, das der amerikanische Literaturwissenschaftler Edward Said in seinem berühmt gewordenen Werk „Orientalismus“ (1978) skizzierte, hätte es einen solchen Respekt vor der islamischen Kultur gar nicht geben dürfen. Der seit 1966 an der Columbia Universität in New York lehrende Spezialist für englische Literatur hatte sich eine extrem weitreichende Beweisabsicht auferlegt: Seit der Antike habe die Literatur des Okzidents ihr eigenes negatives Spiegelbild in Form des Orients produziert. Das „Abendland“ definiere sich durch die Überlegenheit über dieses Konstrukt entlang der Entgegensetzung von Zivilisiertheit und Wildheit. Das habe dem Imperialismus, der ab dem 18. Jahrhundert in den Einflussbereich des Osmanischen Reiches eindringt, vorgearbeitet, ja ihn möglicherweise sogar hervorgebracht.

## Ruhm und vergessene Kritik

„Orientalismus“ macht seinen Verfasser bekannt. Der eloquenten Intellektuelle wird zur öffentlichen Person und gewinnt

Anerkennung vor allem bei einem politisierten akademischen Nachwuchs, der sich im antiimperialistischen Klima der Siebziger mit der Stoßrichtung des Textes identifiziert. Die Kritik aus der Fachwelt kann leicht als Reflex eines sich ertappt fühlenden Establishments abgetan werden. Mit den Jahren gerät in Vergessenheit, dass schlagende Argumente gegen das Modell des „Orientalismus“ gerade von Stimmen erhoben wurden, die dem Kolonialismus ebenso kritisch gegenüber stehen wie Said. Islamwissenschaftler Robert Irwin ist jeglicher Vorbehalte gegenüber der Kultur des Nahen Ostens unverdächtig. Nicht umsonst hat er Jahre in einem sufistischen Kloster verbracht und aus einer Faszination für muslimische Kunst heraus zahlreiche Bücher verfasst. Die marxistischen Philosophen Sadiq al-Azm und Aijaz Ahmad, der linksliberale Anthropologe Ernest Gellner, Spezialist für die kritische Erforschung des Nationalismus, sie alle reagieren mit vernichtenden Rezensionen.

## Literaturwissenschaft als Welterklärung

Hätte sich Said, seiner Expertise gemäß, etwa auf die Kritik literarischer Klischees über die islamische Welt, wie sie im 19. Jahrhundert gängig waren, beschränkt, wäre die Reaktion der Fachwelt vermutlich freundlicher ausgefallen. Natürlich ist die Belletristik der einschlägigen Periode voll von wilden Wüstenkämpfern und glutäugigen Prinzessinnen. Zweifelsohne lassen sich ideologiekritisch Bezüge zwischen der Exotisierung des Nahen Ostens und dem französischen oder englischen Kolonialismus herstellen. Unter Rückgriff auf Michel Foucault jedoch bläst der Autor seine literaturwissenschaftliche Analyse implizit zu einer Theorie neuen Typs über die europäische Hegemonie auf, die an die Stelle der bislang vorherrschenden materialistischen Ansätze tritt. Niemand habe, schreibt der Historiker Osterhammel, „mehr dazu beigetragen als Said, die Imperialismusdebatte von Marx auf Foucault umzuorientieren“.

## Widersprüche des Diskursbegriffes

Damit rückt die Kategorie des „Diskurses“ ins Zentrum von Saids Theorie. Sie bezeichnet eine „Art von überpersönlicher

**„ ... ein selbstgebautes Denkgefängnis, in das die westliche Wissenschaft sich selbst rettungslos eingesperrt hat.“**

und gleichzeitig transzendentaler Erkenntnisranke, die ein Einzelner kaum je überwinden kann (...), ein selbstgebautes Denkgefängnis, in das die westliche Wissenschaft sich selbst rettungslos eingesperrt hat“. Osterhammel, der diese treffende Beschreibung liefert, bemerkt anscheinend gar nicht ihren entlarvenden Charakter. Die Unlogik des Diskursbegriffs ist – leider ohne nachhaltige Wirkung – schon früh ausgesprochen worden: Der performative Widerspruch erscheint an der Frage, wie Foucault oder eben Said der Ausbruch gelungen sein kann, sie also durch die undurchdringliche Hülle in den Kern des jeweiligen Diskurses blicken konnten. Entweder

ihnen kommt eine privilegierte Position zu, oder die Hülle ist nicht so opak wie behauptet. Dasselbe gilt für die Genesis dessen, was im postmodernen Jargon „Episteme“ heißt, die grundlegenden anonymen Regeln, nach denen das diskursive Schreiben und Sprechen abläuft. Jene ihnen zugeschriebene Unentrinnbarkeit wird üblicherweise erzeugt, indem einzelne denkende Personen als immer schon in sie hineingeboren aufgefasst werden. Gleichwohl muss der Diskurs irgendwann eröffnet worden sein, und zwar von Personen, die sich aus unerfindlichen Gründen ein derartiges geistiges Gefängnis bauten.

**Verzerrte Geschichte**

Wenngleich Said später von der Diskursanalyse in ihrer strengen Ausprägung abgerückt ist, so drückt sie seinem Werk dennoch ihren Stempel auf. Es beruht zudem auf einer „dünnen historischen Empirie“ (Osterhammel). Unter nonchalanter Überschreitung sämtlicher Gattungen – literarische wie wissenschaftliche Texte gelten ihm gleichermaßen als Produkte des Diskurses – sowie historischer Epochenstränge knüpft er einen immerwährenden roten Faden antiorientalistischer Verachtung, beginnend lange vor dem 19. Jahrhundert, das als Kristallisationspunkt des Orientalismus begriffen wird. Von den antiken Dramatikern Aischylos und Euripides über den Historiker Herodot, von Dante und Voltaire bis hin zu Marx, alle sind stets schon dem Diskurs verfallen, der ihr Denken in die vorgegebene Bahn lenkt. Nun schreiben sie in unterschiedlichen Jahrhunderten und historischen Kontexten, sie verfolgten ihre jeweils eigenen Intentionen. Dementsprechend ist Said gezwungen, will er seine These retten, das literarische Material höchst selektiv zu lesen: Seine Darstellung wird zum ahistorischen Zerrbild.



Edward Said (1935-2003) (Illustration: Martin Krämer)





### Verfälschte Antike I

Die Idee, das „Abendland“ sei eine kulturelle Einheit, entspringt der Neuzeit. Weder ein athenischer Adliger noch eine römische Priesterin, kein revoltierender Bauer des Mittelalters, kein flämischer Handwerker der Reformationszeit hätte sich als „westlich“ deklariert. Ironischerweise fällt Said auf die historische Rückprojektion herein. Er schreibt bereits antiken Autoren eine Tendenz zur Gegenüberstellung von Ost und West zu. Das hat teilweise skurrile Konsequenzen. So greift er sich das Stück „Die Perser“ von Aischylos heraus und entdeckt darin attisches Triumphgeheul gegenüber dem einige Jahre zuvor besiegten Persischen Reich, welches er als Repräsentation des „Ostens“ deutet. Sicher geht es dem Publikum auch darum, den eigenen Sieg auf der Bühne auszukosten. Jedoch werden innerhalb der Handlung, worauf Irwin verweist, gegnerische Herrscher wie Dareios ausgesprochen positiv gezeichnet. Gattungstheoretisch handelt es sich um eine Tragödie aus persischer Perspektive, weshalb dem gescheiterten König Xerxes derselbe Respekt gezollt wird, den gefallene Helden griechischer Abstammung, etwa Ödipus, reklamieren konnten. Xerxes wird ebenso für seine Hybris bestraft wie andere Protagonisten, wenn sie sich hochfahrende Pläne gesetzt hatten. In gewisser Weise wird ihm damit das Attribut des Tragischen verliehen, dessen nur Edelleute fähig waren. Statt der Konstruktion fiktiver Andersartigkeit – „Othering“ – ist an dieser Stelle eine literarische Geste der Anerkennung des persischen Feindes durch die hellenische Siegermacht zu konstatieren.

### Verfälschte Antike II

In ähnlich manipulativer Manier verfährt Said mit den „Bacchen“ aus der Feder des Euripides. Mit Dionysos kommt darin dem Gott des Rausches eine zentrale Rolle zu. Er besucht Theben, zur Begeisterung vieler ihm Ergebener, vor allem thebanischer Frauen, die seinem aus dem Osten kommenden Kult anhängen. Nachdem ihm vom lokalen König Pentheus Respekt vor seiner Göttlichkeit verweigert wird, bringt er Unheil über die Stadt. Said sieht in dem Stück die Verdammung orientalischer Irrationalität aus der Sicht westlicher Ratio und stützt sich auf eine angebliche „östliche Herkunft“ des Dionysos. Irwin schreibt dazu: „Aber welche östliche Herkunft? Dionysos war der Sohn von Zeus und Semele, der thebanischen Tochter von Kadmos, der seinerseits Großvater von Pentheus war. Woraus folgt, dass Dionysos“ – aus griechischer Perspektive – „in keinsten Weise asiatischer ist als Pentheus“, obgleich letzterer bei Said als westlicher Gegenspieler firmiert. Zudem war der Dionysos-Kult kein bedrohlicher Eindringling sondern „akzeptierter Teil der spirituellen Landschaft von

Athen“ (Irwin). Für Euripides zieht sich der Widerspruch zwischen rationalen und irrationalen Kräften durch die menschliche Seele selbst. Überhaupt verliefen kulturelle Grenzen für das griechische Bewusstsein der klassischen Zeit anders, als es die Orientalismus-These erwarten ließe. Herodot, oft als einer der Väter der Historiografie und von Said als „Kolonialist“ bezeichnet, spart nicht an abwertenden Äußerungen über persische Sitten, verabscheut die Skythen aus dem Norden dennoch deutlich stärker. Dann wiederum äußert er sich lobend zu den ägyptischen und phönizischen Einflüssen in der hellenischen Kultur. Gewiss ist das attische Selbstbewusstsein von der eigenen Exklusivität überzeugt; kaum kann es sich indes einer westlichen Hemisphäre zugehörig fühlen, die als politische oder ideologische Einheit noch gar nicht existiert.

*„Die Idee, das ‚Abendland‘ sei eine kulturelle Einheit, entspringt der Neuzeit. Weder ein athenischer Adliger noch eine römische Priesterin, kein revoltierender Bauer des Mittelalters, kein flämischer Handwerker der Reformationszeit hätte sich als ‚westlich‘ deklariert.“*

### Der verfälschte Dante und die Neuzeit

Dem emblematischen Dichter der italienischen Renaissance, Dante Alighieri, kommt innerhalb von Suids Kosmos eine besondere Rolle zu, er fungiert nämlich als „Brücke zwischen Antike und Moderne“ (Ahmad). In seinem allegorischen Zyklus der Göttlichen Komödie begibt er sich auf eine imaginierte Reise durch die Hölle („Inferno“), wodurch er Gelegenheit hat, verstorbene Berühmtheiten kennenzulernen, die es in jeweils nach der Schwere ihrer Strafe gestaffelte Bezirke verschlagen hat. Worauf sich Said mit Verve stürzt, weil es das Befangensein Dantes im Orientalismus-Diskurs schein-



bar schlagend bekräftigt, ist die ungnädige Position, die dem Propheten Muhammed zugewiesen wird: Er landet im achten Kreis der Hölle, und da es derer nur neun gibt, – je nach der Nähe zum Satan – zeigt dies nicht nur die Schwere seiner Schuld sondern verheißt auch grausames Schicksal. Der Gründer des Islam wird, zeitgenössischer christlicher Doktrin entsprechend, als Häretiker gegenüber der wahren Offenbarung, dem Evangelium, verdammt. Doch demonstriert dies lediglich, „dass der Dichter streng zwischen Glauben und Häresie unterscheidet, aber nicht zwischen Orient und Okzident“, wie Ahmad kommentiert. Nicht nur ereilt den römischen Verräter Brutus eine härtere Strafe. Vor allem finden sich mit Ibn Rushd und Ibn Sina zwei arabische Gelehrte in einem vergleichsweise erträglichen ersten Höllenkreis, wo sie mit von Dante bewunderten europäischen Geistesgrößen wie Homer und Platon einquartiert sind. Letztere müssen ihre milde Strafe absitzen, weil sie das Pech hatten, vor Jesu Kreuzestod gestorben zu sein und ihnen Erlösung von der Erbsünde verwehrt ist. Solche mildernden Umstände können die beiden Muslime nicht einmal ins Feld führen, augenscheinlich ist Dante gleichwohl von soviel Hochachtung erfüllt, dass er ihnen jenen Gnadentrakt anweist. Ebenfalls im Widerspruch zu Said steht die Platzierung des muslimischen Heerführers Saladin im ersten Kreis. Ganz im Geist der Renaissance schätzte Dante den „noblen Kurden“, der in den Kreuzzügen gegen christliche Armeen gekämpft hat, als tapferen und weisen Feldherren; die Demarkationslinie zwischen Zivilisation und Barbarei verlief noch nicht entlang der Himmelsrichtungen.

### Die verfälschte Neuzeit

Im Sinne der Orientalismus-These agierte sich in der kolonialen Expansion der europäischen Großmächte die okzidentale Kollektivpsyche aus. Weil westliche Zivilisation ihre eigene Identität durch die literarische Erschaffung eines abwertend gezeichneten Gegenbildes konstituierte, muss sie dieses nun auch real in Besitz nehmen. So oder so ähnlich, jedenfalls reichlich psychologisch, lauten die Versuche, aus Suids Literaturanalyse Rückschlüsse auf sein Verständnis des Imperialismus zu ziehen. Die historische Realität gestaltet sich handfester. Der „Orient“ trat Europa in Form des Osmanischen Reiches gegenüber. Es war territorial ausgedehnt, Handelspartner mit eigenen imperialen Ambitionen, also zugleich Rivale. Das Verhältnis europäischer Großmächte zu ihm gestaltete sich dementsprechend wechselhaft. War Schwächung geboten, durfte diese gleichzeitig nicht zum Vorteil der Konkurrenten

wirken. Im Krimkrieg (1853-56) zwischen Russland und dem Osmanischen Reich etwa kämpfte die britische Krone aufseiten des „Orients“. In dieser Konstellation entdeckte die Berichterstattung ihrer Majestät Unzivilisiertheit vor allem bei „Tartaren“ und anderen „slawischen“ Truppen. Später macht Kaiser Wilhelm II. den „kranken Mann am Bosphorus“ zum deutschen Bündnispartner. Den Genozid, der im Ersten Weltkrieg an den christlichen Bevölkerungsgruppen, vor allem der armenischen, verübt wird, duldet die kaiserliche Regierung ausdrücklich. Das Motiv formuliert zeitlos Reichskanzler Bethmann-Hollweg: „Unser einziges Ziel ist es, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig, ob darüber die Armenier zugrunde gehen.“ Ob Abend- oder Morgenland, christliche Verbundenheit hin oder her, dem Deutschen Reich war alles recht, was dem Endsieg hätte dienen können. So viel zur Bedeutung von „Kultur“ in der Logik imperialistischer Kalkulationen.

### Verfälschtes Bild des Imperialismus

Der Hunger des modernen Imperialismus nach Rohstoffen, Arbeitskräften, Absatzmärkten, Agrarland, geostrategischen Kontrollpunkten und anderen Nutzenwendungen globaler Expansion gab sich den Anstrich einer hehren zivilisatorischen Mission. Marx denunzierte nach Kräften die Verlogenheit solcher und ähnlicher legitimatorischer Kapriolen. Suids Werk hingegen war ein Produkt und Katalysator dessen, was man die kulturelle Wende innerhalb der Gesellschaftskritik der Siebzigerjahre nennen könnte: Im Gleichklang mit anderen postmodernen Ansätzen waren Diskurse nicht mehr verfremdeter Ausdruck gesellschaftlicher Interessen, sie mutierten zu selbstzweckhaften sprachlichen Herrschaftsgebilden mit den Menschen als ihren Anhängseln. Aus Suids Sicht waren es „Diskurs und textuelle Strategien, die das imperiale Projekt vorantrieben, Kautschukplantagen aufbauten, den Suez-Kanal gruben und Garnisonen von Fremdenlegionären in der Sahara etablierten“ (Irwin). Mit den Kategorien der Marxschen Ideologiekritik – also der Hypothese, Bewusstseinsformen dienen herrschenden Interessen – lässt sich die Geschichte der europäischen Machtentfaltung offenbar doch besser verstehen als mit Suids Fiktion eines Jahrtausende währenden allmächtigen „Denkgefängnisses“.

#### Empfohlene Literatur:

Aijaz Ahmad: Orientalismus und seine Folgen. Ambivalenzen und die metropolitane Verortung in Edward Suids Werk. (1992)

Robert Irwin: For Lust of Knowing. Orientalists and their Enemies. (2006)

# Die Zukunft der Partizipation an Bremer Schulen

Die Schüler:innenvertretungs-Landschaft und ihr neues Konzept

Von *Charlotte Schieren*, Vorstandsmitglied des SV-Bildungswerks  
*Milena Langholf*, Bildungsreferentin Lidice Haus  
*Pablo Rodriguez*, Bildungsreferent Bremer Jugending

**D**ie Wahl von Klassensprecher:innen mag banal wirken. Doch spielt die Wahl der eigenen Vertretung für Schüler:innen eine essenzielle Rolle in ihrer Bildung und dem Erleben von Selbstwirksamkeit innerhalb demokratischer Strukturen. Dies ist besonders wichtig in Zeiten, die geprägt sind vom Erstarken rechtsextremer und verfassungsfeindlicher Gruppierungen. Die Schüler:innenvertretung (SV) bietet Schüler:innen die Möglichkeit, ihrer Stimme im Schulalltag Gehör zu verschaffen und ihre Interessen zu vertreten. Die Arbeit einer gut funktionierenden SV erfordert Engagement und Unterstützung von verschiedenen Seiten.

## Externe Faktoren

Gleichzeitig sind die realen Möglichkeiten zur Partizipation der Schüler:innen nach wie vor stark von externen Faktoren abhängig: Lehrkräfte reagieren unterschiedlich auf den Wunsch zur Mitbestimmung der Schüler:innen, Stadtteile sind mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert und Schulen haben verschiedene Mittel zur Verfügung. Um die SV-Arbeit im Land Bremen nachhaltig zu verbessern, wurde 2022 die Arbeitsgruppe „SV-Landschaft Bremen“ ins Leben gerufen. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus dem Bremer Jugending (BJR), dem Lidice-Haus, dem SV-Bildungswerk (SV-B), der Gesamtschüler:innenvertretung (GSV), dem Stadtschüler:innenring Bremerhaven (SSR), dem LIS Bremen und einer Vertretung der Senatorin für Kinder und Bildung zusammen.

## Aushandlungsprozesse

In regelmäßigen Treffen tauschen sich die Akteure über neue Entwicklungen, Erfahrungen und aktuelle Themen aus dem Bereich der SV-Arbeit aus. Durch den regelmäßigen Austausch mit der Behörde und den Vertretungen der Schüler:innen können Probleme und Fragestellungen aus dem Arbeitsbereich direkter kommuniziert werden. Diese Form der Zusammenarbeit ist gerade im Bereich der SV-Arbeit hilfreich und



In angeregter Diskussion. (Foto: Pablo Rodriguez)

ermöglicht es, gemeinsam größere Projekte zu entwickeln. Die bisherigen Förderstrukturen sind unzureichend und machen ein kontinuierliches und ganzheitliches Arbeiten schwierig. Schulen verfügen oft über kaum bis keine Mittel, um die SVen, Vertrauenslehrer:innen und Begleitpersonen angemessen zu unterstützen. Sei es durch Fachstunden für Lehrkräfte und Begleitpersonen oder durch Fortbildungen. Die GSV und der SSR wiederum sind häufig mit bürokratischen Aufgaben belastet, anstatt sich ihren eigentlichen Anliegen, der Interessensvertretung von Schüler:innen, widmen zu können. Externe Anbieter von Unterstützungs- und Fortbildungsangeboten arbeiten ebenfalls unter schwierigen Bedingungen. Fördermittel sind nicht verlässlich und variieren zwischen jährlichen und projektbezogenen Finanzierungen. Diese müssen regelmäßig neu ausgehandelt werden und führen dazu, dass viel Arbeitszeit nur für Finanzierungsfragen aufgebracht werden muss.

### Gesamtkonzept

Um diesem Trend entgegen zu wirken, wurde 2023 das Gesamtkonzept zur Entwicklung der SV-Arbeit im Land Bremen durch den BJR, das Lidice-Haus, das SV-B, die GSV und den SSR ausgearbeitet. In dem Konzept wird die aktuelle Situation der Akteure beschrieben und wie diese versuchen, Schüler:innen und SVen zu unterstützen. Es wird aufgeschlüsselt, wie sich die Zusammenarbeit gestaltet und welche Maßnahmen es braucht, um den oben beschriebenen Problemen entgegen zu wirken. Geleitet werden die vorgeschlagenen Maßnahmen und Veränderungen von einer gemeinsamen klaren Vision der SV-Arbeit, die im Folgenden kurz beschrieben wird:

- 1. Schüler:innen haben Einfluss auf politische Entscheidungen, die sie betreffen**  
Auch über die Schule hinaus können Jugendliche an der Gesellschaft partizipieren und über gewählte Vertretungen in der GSV und der SSR Einfluss auf schulpolitische Entscheidungen nehmen.
- 2. Kinderrechte stärken, Machtmissbrauch einschränken**  
Kinder und Jugendliche kennen ihre Rechte und können diese auch gegenüber Lehrkräften und erwachsenen Personen im Schulbetrieb durchsetzen.
- 3. Niedrigschwellige, inklusive und diskriminierungssensible SV-Arbeit**  
Alle Kinder und Jugendlichen können an der SV-Arbeit teilnehmen und ihre Anliegen vorbringen. Unabhängig von Bildungsweg, Herkunft, Einkommen, Stadtteilen oder anderen Faktoren können sich Jugendliche und Kinder einbringen.
- 4. Ungleichheiten zwischen den Schulen abbauen**  
Die individuellen Gegebenheiten der Schulen werden bedarfs-

**„Es ist mit diesem Konzept  
durchaus möglich  
eine gleichberechtigte,  
niedrigschwellige und  
vorurteilsfreie SV-Arbeit in  
Bremen umzusetzen.“**

gerecht angegangen und Schulen können für die Bedarfe der eigenen Schule passende Angebote und Unterstützung finden.

- 5. Landesweite Vernetzung von SVs und Multiplikator:innen**  
SVen und alle Personen, die mit SVen arbeiten, sind mit anderen SVen und Kolleg:innen vernetzt und tauschen sich regelmäßig aus.
- 6. Zugang zu Wissen, Fortbildung und der Vermittlung von Rechten für alle SVen**  
Alle SVen haben einen guten Zugang zu Informationen, kennen ihre Möglichkeiten, Fortbildungen für ihre Arbeit zu erhalten, und werden über ihre Rechte aufgeklärt.
- 7. Kooperation mit der Bildungsbehörde für ein starkes Netzwerk der SV-Landschaft**  
Die Bildungsbehörde ist ein Partner für Personen, die mit SVen arbeiten, und ist aktiv an der Gestaltung und der Ausarbeitung von Angeboten und Entwicklungen im Land Bremen beteiligt.

Eines ist klar: Ohne den ausdrücklichen politischen Willen ist diese Vision nicht zu realisieren. Der Landesregierung von Bremen liegt ein fundiert ausgearbeitetes Konzept vor, das von einem multidisziplinären Team in Form der SV-Landschaft begleitet werden kann. Was fehlt, ist eine entsprechende Verankerung im Haushalt. Es ist mit diesem Konzept durchaus möglich, eine gleichberechtigte, niedrigschwellige und vorurteilsfreie SV-Arbeit in Bremen umzusetzen.

Über den QR-Code kommen Sie zu dem Gesamtkonzept und können darüber hinaus einen Unterstützer:innenbrief für Schulleitungen, Schulpersonal, SVen und Schüler:innen finden. Es ist Zeit, die Partizipation junger Menschen ernst zu nehmen. ■



Link zum Gesamtkonzept und weiteren Informationen zum Thema

# Neue Wege!

## Junge Lehrkräfte: Ausbildungsqualität versus Personalbedarf

Von Bernd Winkelmann



Bernd Winkelmann, Landesvorstandssprecher bis 2020 (Foto: GEW)

Eine „ziemlich vertrackte Situation“ hatten wir in der letzten Ausgabe unseres Bildungsmagazins als Ergebnis einer bundesweiten Fachtagung der GEW zur Lehrkräfteausbildung ausgemacht. Die Qualität von Studium und Referendariat sowie die mengenmäßigen Bedarfe an neuen Kolleg\*innen dürfen nicht gegeneinander aus-

gespielt werden, so eine erste Schlussfolgerung. Beide Aspekte unterliegen dabei dem Ziel, bildungswirksame Prozesse in den Schulen zu befördern.

### Ausgangspunkt 2017: Zukunftsforum Lehrer\*innenbildung

Der in jenem Jahr tagende Bundesgewerkschaftstag schloss mit der Verabschiedung von „Leitlinien für eine innovative Lehrer\_innenbildung“ (vergl. GEW 2017) einen vierjährigen innergewerkschaftlichen Beratungsprozess ab. Als wegweisend anzusehen ist die damit vorgenommene Verständigung auf sieben „Eckpfeiler“. Ausdrücklich hergestellt wird ein Bezug zu den eigenen Schulpolitischen Positionen.

Ganz gerafft zusammengefasst, bekennt sich die GEW zu einer „Vision von Bildung in einer demokratischen, sozialen und inklusiven Gesellschaft“ (ebenda, S. 5) und einer darauf fußenden Organisation von Schule. Die darin arbeitenden Pädagog\*innen lernen genau diese Ausrichtung auf Diversität und die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams in ihrer Ausbildung. Die Qualifizierung der Lehrkräfte für eine inklusive Schule beinhaltet u.a.

- eine berufsethische Dimension,
- den Willen und die Fähigkeit zu einer kritisch-konstruktiven Reflexion gesellschaftlicher Widersprüche und von Anforderungen an ihre Tätigkeit

- die entsprechende Entwicklung ihrer Praxis sowie
- eine umfassende pädagogische Ausbildung in einem lebenslangen Professionalisierungsprozess.

Zur Umsetzung befürwortet die GEW ein phasenübergreifendes Spiralcurriculum in der grundständigen Ausbildung. Die Leitlinien behandeln natürlich auch den Lehrkräftemangel, fordern Qualitätsstandards für eine Ausbildung von Quereinsteigenden ein, warnen vor einer Abwärtsspirale durch zusätzliche Belastungen in Folge fehlender Kolleg\*innen und mahnen an, die Forschung zur Lehrer\*innenbildung auszubauen.

### Rückgriff auf 2019: GEW Bremen beschließt neun Thesen

Parallel zu den Erörterungen im Bund beschloss der Bremische Gewerkschaftstag ein „Landesforum Lehrer\*innenbildung“. Dieses behandelte ab 2013 bremische Besonderheiten und Veränderungen im Gefolge der Schulgesetzänderungen von 2009. Den Abschluss bildete ein Thesenpapier (vergl. GEW Bremen 2019).

Verdichtet man die darin niedergeschriebenen Aussagen, so ist die eindeutige Orientierung an der Inklusion hervorzuheben. Sie wird als Gesellschaftsmodell eingestuft, und den Pädagog\*innen wird zugesprochen, dass sie diese Gesellschaft gestalten können. Das ist Anforderung und Erwartung zugleich: Lehrkräfte müssen als mündige, solidarische und aktive Bürger\*innen voranschreiten; sie haben eine gesellschaftspolitische Verantwortung.

Vor diesem Hintergrund eines demokratischen Bildungsbegriffes akzentuierte das Landesforum die Notwendigkeit eines stetigen Theorie-Praxis-Bezuges, das Primat der Didaktik und das Prinzip einer reflexiven Ausbildung mit dazu notwendigen Freiräumen.

Bundes- und Landesorganisation legen damit Kriterien vor, an denen sich „neue Wege“ messen lassen müssen.

### Zwischenbilanz: Trends in der Lehrkräftebildung 2014 bis 2024

Doris Wittek und Maik Walm haben im Abstand von zehn Jahren für die GEW zwei aufwändige Expertisen zur Lehrer\*innenbildung in Deutschland vorgelegt (vergl. Walm/Wittek 2014 und 2024). Ihre Untersuchungen zur „Aufhellung der Verhältnisse“ greifen beide Betrachtungsdimensionen – Quantität und Qualität – auf. Sie analysieren die Entwicklungen in der Republik unter der Maßgabe, dass „hochwertige Bildungsbedingungen für angehende sowie tätige Lehrpersonen“ (Walm/Wittek 2024, S. 2) gelten sollen. Hinsichtlich der Trends vermerken die Autor\*innen u.a.:

- eine Vereinheitlichung der Ausbildungsdauer über die Bundesländer (10 Semester Studium, 18 Monate Referendariat);
- eine Aufwertung der Lehrämter in der Primarstufe und der Sekundarstufe I (ECTS-Punkte);
- eine Verringerung der Lehramts-Typen;
- eine Erhöhung sonder- und inklusionspädagogischer Anteile in allgemeinbildenden Lehrämtern;
- einen Ausbau stufenbezogener Lehramtskonzepte;
- eine Steigerung variabel nutzbarer ECTS-Punkte zur eigenen Schwerpunktesetzung im Studium;
- eine Verstärkung von Fachwissenschaften und Praxisanteilen;
- einen notwendigen Ausbau an inklusiver und digitaler Bildung in den Lehramtsstudiengängen insgesamt;
- einen fachlichen Bedarf in nahezu allen Fächern (Ausnahmen: Latein und Griechisch).

Ganz kritisch schätzen Walm/Wittek die übergreifenden Erkenntnisse ein zu den Bereichen Berufseinstieg („zurückgebaut“), Fortbildung („randständig, nicht bedarfsgerecht oder ausfinanziert“, nicht dem Stand der Wissenschaft entsprechend) (vergl. ebenda, S. 3) und den alternativen Wegen in den Schuldienst. Mit letzteren werden die Türen zunehmend für Lehrpersonen ohne akademischen Abschluss auf Masterniveau geöffnet. Die Bundesländer variieren ihre Einstellungs- und Qualifizierungspraxis nach aktueller Mangelsituation und verfügbaren Kapazitäten. Es existieren keine bundesweiten Standards.

Blenden wir zurück zu den GEW-Kriterien, welche sich auf einen entfalteten Bildungsbegriff in einer sich inklusiv entwickelnden Gesellschaft beziehen. Trotz der zunächst einmal erfreulichen Feststellung, „die grundständige Lehrer:innenbildung in Deutschland (hat) strukturell und konzeptionell an Profil gewonnen“ (ebenda, S. 4), fällt die Bewertung hinsichtlich der Unterstützung der Lehrkräfte durch die Bundesländer zur Wahrnehmung ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung ernüchternd aus. Diese werde systematisch nicht eingelöst, ob es nun um pädagogische Widersprüche gehe, eine Reflexion



Gute Laune im Referendariat ist leider kein Dauerzustand. (Foto: unsplash.com)

struktureller Bedingungen oder die Entwicklung professioneller Handlungsstrategien (vergl. ebenda). Dass der Austausch zwischen den Phasen deutlich reduziert wurde, mag ein weiteres Erschwernis in dieser Sache sein.

### Situation 2024: Expertisen, Gutachten und Stellungnahmen

Neben den soeben eingebrachten Forschungsergebnissen von Walm/Wittek sind weitere Veröffentlichungen in jüngster Zeit auf einige Resonanz gestoßen. An dieser Stelle interessieren vor allem die Vorschläge für einen Umgang mit der Situation am Teilarbeitsmarkt „Lehrkräfte“ durch die Politisch Verantwortlichen und die Interessenvertretung der Pädagog\*innen. Im Sinne kurzfristig wirksamer Maßnahmen zum „Umgang mit dem aktuellen Lehrkräftemangel“ legte die Ständige Wissen-



*„Es sei daran erinnert: Alle diese Befunde hat eine Kommission der KMK ermittelt. Es ist erschreckend, wie offensichtlich ahnungslos bildungspolitische Entscheidungen im Brustton der Überzeugung oftmals getroffen werden.“*

→ schaftliche Kommission der KMK (SWK) im Januar 2023 eine Stellungnahme vor. Die darin abgeleiteten Maßnahmen bringen – laut Selbsteinschätzung der Verfasser\*innen – zusätzliche Belastungen für Lehrkräfte mit sich (vergl. SWK 2023a). Von Arbeitszeiterhöhung über Vergrößerung der Klassen bis zur Einschränkung der Teilzeitarbeit war alles dabei. Zehn Monate später verabschiedete die SWK ein Gutachten zu einer langfristigen Reform der Lehrkräftebildung (vergl. SWK 2023b). Dagegen stehen 10 Eckpunkte der Bundes-GEW (vergl. GEW 2024).

### **Konsequenzen I: Ausgewählte Stoppschilder für die erforderlichen „neuen Wege“**

Im Gegensatz zu den „kurzfristigen Maßnahmen“ im Umgang mit dem Lehrkräftemangel, bei dem die SWK in der Regel Vorschläge auf Kosten der aktiv tätigen Kolleg\*innen auflistet, beinhaltet das Gutachten zur Reform der Lehrkräftebildung einen Nutzen für die Argumentation der GEW. Alle vier Kapitel des SWK-Papiers beginnen nämlich mit Einschätzungen der Realität – und diese bilden das Desaster der KMK-Entscheidungen vergangener Jahrzehnte ziemlich gut ab. Beispiele:

- 1. Prognosen:** Es fehlen auf Seiten der KMK regelmäßige Aktualisierungen von Schätzungen über die demografische Entwicklung, präzise Daten zu den Studienanfängerzahlen, zum Studien- und Ausbildungsverlauf sowie zu (schul-)fächerspezifischen Prognosen. Nicht transparent sind zudem die in die Modellrechnungen eingegangenen Annahmen.
- 2. Gewinnung von Personal:** Fehlende Studienberatung und -begleitung führt zu einer anhaltend geringen Nachfrage bei Abiturient\*innen sowie einer hohen Schwundquote im Studium. Es mangelt an verlässlicher Abstimmung zwischen erster und zweiter Phase. Studierende als Vertretungslehrkräfte einzusetzen, birgt Risiken: Studienabbruch (für einen Direkteinstieg), Verlängerung des Studiums und unreflektiertes Einschleifen dysfunktionaler Handlungsroutinen werden genannt.
- 3. Wissenschaftliche Qualifizierung:** Forschungsbasiertes Wissen und handlungspraktische Kompetenzen werden nicht flächendeckend vermittelt, der kumulative Kompetenzaufbau gelingt nicht hinreichend bei der Theorie-Praxis-Verknüpfung. Die Standards ihrerseits bleiben im Gegensatz zu einem Curriculum zu vage bzgl. der Studienbereiche

und der Inhalte. Sog. zweite Wege ins Lehramt führen zu einem Aufweichen des Leitbildes einer wissenschaftlich qualifizierten Lehrkraft.

- 4. Kontinuierliche Kompetenzentwicklung:** Trotz dynamisch sich verändernder schulischer Anforderungen gibt es bei der Fortbildung keine systematische Bedarfserfassung und Angebotsplanung, keine Qualitätssicherung und zu gering qualifizierte Dozent\*innen. Wissenschaftliche Erkenntnisse finden zu selten Eingang in die Fortbildung, die wissenschaftliche Weiterbildung ist in Deutschland unterentwickelt. Bei Assistenzlehrkräften fehlen Aufgabenprofil, Qualifizierungen und eine klare Rollendefinition.

Es sei daran erinnert: Alle diese Befunde hat eine Kommission der KMK ermittelt. Es ist erschreckend, wie offensichtlich ahnungslos bildungspolitische Entscheidungen im Brustton der Überzeugung oftmals getroffen werden.

### **Konsequenzen II: Ausgewählte Hinweisschilder für die erforderlichen „neuen Wege“**

Aus dem „Mängelbescheid“ der SWK lassen sich Konsequenzen für Veränderungen direkt ableiten, beginnend bei der Erhebung von präzisen und bundesweit vergleichbaren Daten. Angemessen wären ebenso die Umsetzung von Konzepten zur Erhöhung des Studienerfolgs, eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung in Referendariat und Berufseinstiegsphase sowie eine verlässliche Finanzierung obligatorischer Fortbildungen.

Vier Aspekte sollen abschließend besonders hervorgehoben werden:

- 1.** Alle Kolleg\*innen, die an der Lehrkräftebildung beteiligt sind, egal in welcher Phase, müssen für diese Aufgabe wissenschaftlich qualifiziert werden. Die Übergänge zwischen den Phasen sind bislang (auch personell) derart vernachlässigt, dass mindestens Modellversuche für eine einphasige Ausbildung mit integriertem Vorbereitungsdienst angezeigt erscheinen. Diese sollten schulstufenbezogen ausgerichtet sein.
- 2.** Die Empfehlung der SWK, ein phasenübergreifendes „kohärentes Curriculum“ einzuziehen, verweist auf das Scheitern einer kompetenzorientierten Ausbildung, in der notwendige Inhalte zur Ausübung des Berufs einer Lehrkraft fehlten. SWK

wie GEW sprechen von Grundlagenwissen zu Querschnittsaufgaben wie Inklusion und Heterogenität; die GEW akzentuiert zudem Demokratie, Chancengleichheit und Friedenserziehung. Dringend erforderliche „Reflexionsräume“ während der Arbeitszeit erhalten damit umso mehr ihre Berechtigung.

3. Nicht grundständig ausgebildete Kolleg\*innen sind über einen Rechtsanspruch nachzuqualifizieren, um einen gleichwertigen Abschluss zu erhalten. Dieser „zweite Weg“, arbeitgeberfinanziert, bundesweit vereinheitlicht, bedürfte erheblicher Anstrengungen der Länder.
4. Klarheit geschaffen werden muss bei den Arbeitsbedingungen und den Ausbildungskapazitäten. Die SWK-Orientierung auf Qualitätsmanagement und Zielvereinbarungen bleibt kritisch, auch deren Idee, „gezielte Anreize“ und „Gratifikationen“ zu verteilen, unspezifisch. In diesem Bereich geht es aber zu Recht weiterhin um Vergütungen, Kapazitäten in Studium und Vorbereitungsdienst und Ressourcen für bildungspolitische Reformen – und zwar verbindlich definierte.

Diese Anregungen aus der Fachtagung zeigen den hohen Veränderungsbedarf in der Lehrkräftebildung. „Neue Wege“

müssen sich am Ziel einer inklusiven Gesellschaft messen lassen. Mit einem entsprechenden Bildungsbegriff hat die GEW Maßstäbe gesetzt. Werden diese missachtet, so Walm/Wittek, ist die „Bildung der nachkommenden Generation“ gefährdet. ■

Quellen:

GEW Bremen 2019: 9 Thesen zur Lehrer\*innenbildung, Bremen  
 GEW 2017: Leitlinien für eine innovative Lehrer\_innenbildung, Frankfurt a.M.

GEW 2024: GEW-Eckpunkte für die Reform der Lehrer\*innenbildung in Zeiten des Fachkräftemangels, Frankfurt a.M.

SWK 2023a: Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz: Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel, Bonn

SWK 2023b: Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz: Lehrkräftegewinnung und Lehrkräftebildung für einen hochwertigen Unterricht, Bonn

Walm/Wittek 2014: Lehrer\_innenbildung in Deutschland im Jahr 2014, Frankfurt a.M.

Walm/Wittek 2024: Lehrer:innenbildung in Deutschland im Jahr 2024, Berlin

# Ihr Konto mit Startvorteil.

Jetzt ganz bequem zur BBBank wechseln

Bis zu

## 150 €

Startprämie<sup>1</sup>

On Top

## 50 €

für GEW-Mitglieder und ihre Angehörigen



**Jetzt informieren**  
 Antje Stets  
 Landesdirektorin Gebiet Nord  
 E-Mail: [antje.stets@bbbank.de](mailto:antje.stets@bbbank.de)  
 Telefon: 0162 2730942

 Vorteile für GEW-Mitglieder!  


<sup>1</sup> Voraussetzungen Startprämie: 75,- Euro für die Eröffnung eines BBBank-Girokonto, mtl. Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Neukunde (kein Girokonto in den letzten 24 Monaten) ab 18 Jahre, Geldeingang von 500,- Euro oder Bezahlung mit einer unserer Karten über die Funktion mobiles Bezahlen (Android) bzw. Apple Pay (iOS) innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Weitere 75,- Euro Startprämie bei Nutzung des Fino-Kontowechselservices, inkl. Umzug von mind. 3 Zahlungspartnern innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Mitarbeitende der BBBank (einschließl. Familienmitglieder) sind von dieser Aktion ausgeschlossen. Die Auszahlung kann nach Erfüllung der Bedingungen bis zu 8 Wochen dauern. Änderungen, Anpassungen oder Beendigung des Angebotes bleiben vorbehalten. Start der Aktion: 01.01.2024

# Der Arbeitgeber muss eingreifen

## Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz

Von *Julia Oesterling*

Diskriminierung am Arbeitsplatz ist verboten, aber trotzdem weit verbreitet. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) soll Arbeitnehmer\*innen und Beamt\*innen davor schützen. Der Schutz besteht auch schon im Bewerbungsprozess. Arbeitgeber der Privatwirtschaft und öffentlich-rechtliche Arbeitgeber sind verpflichtet, gegen Diskriminierungen am Arbeitsplatz vorzugehen. Auch jede Form der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz fällt unter das Verbot.

### Was ist eine Diskriminierung?

Wenn eine Person aufgrund eines der im AGG genannten Merkmale im Vergleich zu anderen schlechter oder anders behandelt wird, ist das eine Benachteiligung oder auch Diskriminierung nach dem Gesetz. Folgende Merkmale sieht das Gesetz vor: Sogenannte Rasse oder ethnische Herkunft, Geschlecht oder Mutterschaft, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexuelle Identität. Der Schutz besteht für Diskriminierungen durch Kolleg\*innen, Vorgesetzte und auch Dritte. Wenn zum Beispiel eine Erzieher\*in oder Lehrkraft durch Eltern diskriminiert wird, muss der Arbeitgeber eingreifen.

**Beispiele:** Eine Bewerberin wird wegen ihres arabischen Namens nicht zum Vorstellungsgespräch eingeladen. Ein schwuler Kollege wird vor Außenstehenden geoutet und von Kollegen mit „Frau“ angesprochen. Einer Kollegin wird nach Rückkehr aus der Elternzeit von Vorgesetzten unterstellt, sie könne mit einem kleinen Kind keine Führungsposition ausfüllen. Ein Bewerber wird wegen seines „zu hohen“ Alters abgelehnt.

### Welche Pflichten hat der Arbeitgeber?

Der Arbeitgeber muss vorbeugende Maßnahmen gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz treffen. Dazu gehört auch die Schulung von Beschäftigten zum Thema. Gemeinsam mit dem Personal- oder Betriebsrat kann er eine Dienst- oder Betriebsvereinbarung zur Vorbeugung und zum Umgang mit Diskriminierungen am Arbeitsplatz abschließen. Der Arbeitgeber muss eine Beschwerdestelle einrichten, an die sich Betroffene

wenden können. Wenn eine Beschwerde eingeht, muss diese geprüft werden. Falls eine Diskriminierung festgestellt wird, muss der Arbeitgeber die Betroffenen schützen. Dazu kann er Maßnahmen wie Ermahnungen, Abmahnungen, Versetzungen und Kündigungen einsetzen.

### Welche Rechte haben die Betroffenen?

Beschäftigte haben das Recht auf einen diskriminierungsfreien Arbeitsplatz. Wenn sie sich diskriminiert fühlen, haben sie ein Beschwerderecht. Durch eine Beschwerde darf den Beschäftigten kein Nachteil entstehen. Sie dürfen nicht gemäßregelt werden. Unter Umständen haben Beschäftigte einen Schadensersatzanspruch und einen Anspruch auf Entschädigung für die Persönlichkeitsrechtsverletzung. Bei der Geltendmachung dieser Ansprüche sind kurze Fristen einzuhalten. Wenn der Arbeitgeber keine Maßnahmen zum Schutz vor Diskriminierung trifft, haben die Beschäftigten ein Leistungsverweigerungsrecht.

### Schutz durch Solidarität

Das Gesetz schützt erst mal nur auf dem Papier. Dieser Schutz muss in den Arbeitsalltag umgesetzt werden. Betroffene brauchen aus ihrem Arbeitsumfeld Unterstützung, um ihre Rechte einzufordern. Noch viel besser wäre es, wenn sie es nicht selbst tun müssten, sondern wenn solidarische Kolleg\*innen sich für ihre Belange einsetzen. Wer Zeug\*in einer Diskriminierung wird, sollte sich dagegen positionieren.

### An wen können sich Betroffene wenden?

GEW-Mitglieder bekommen die Rechtsberatung natürlich über die Landesrechtsschutzstelle der GEW Bremen. Auch Personal- und Betriebsräte sind Ansprechpartner im Fall von Diskriminierungen. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes berät Betroffene ebenfalls kostenlos per E-Mail und telefonisch. ■



Julia Oesterling,  
Rechtsschutzreferentin  
(Foto: Barbara Dietl)



# „Gewerkschaft ist für mich keine Einbahnstraße“



**Vertrauensleute  
der GEW**



**Kemal Dişkaya**

## **Ich arbeite als ... :**

Lehrer für allgemeinbildende Fächer seit 2006 an der Allgemeinen Berufsbildenden Schule am Steffensweg in Walle.

## **So bin ich auf die GEW aufmerksam geworden:**

Für mich gehört zu einer Arbeitsstelle auch die Mitgliedschaft in der zuständigen Gewerkschaft. Das sollte doch normal sein.

## **Mein Weg zum GEW-Vertreter in meiner Schule:**

Die Kolleginnen und Kollegen haben mich ausgeguckt, vielleicht auch weil ich immer Werbung für die Gewerkschaft gemacht habe und aktiv GEW-Mitglieder angeworben habe.

## **Was sollten Vertrauensleute können:**

Die Bedürfnisse und Anliegen der Kollegen verstehen und sie gemeinsam mit der GEW effektiv vertreten. Ein Bindeglied zwischen der Gewerkschaft und des Kollegium sein und auch die Arbeit der GEW in die eigene Schule tragen und alle Infos am Schwarzen Brett visualisieren.

## **Darauf vertraue ich:**

Dass die GEW (wie bisher) als eine starke Interessenvertretung im Bewusstsein des Kollegiums verankert bleibt.

## **Gewerkschaft bedeutet für mich:**

Gerechte Löhne, gute Arbeitsbedingungen und Lösungen für arbeitsbezogene Probleme kann es nur mit starken Gewerkschaften geben. Dafür ist es notwendig, die GEW weiter zu stärken und sich solidarisch mit demokratischem gewerkschaftlichem Engagement zu zeigen.

## **Gewerkschaft ist für mich nicht:**

...eine Einbahnstraße. Nur wer aktiv die Gewerkschaften un-



Foto: Privat

terstützt, kann sich auch mal kritisch zur Sache äußern. Wer nur Lohnerhöhungen und gute Arbeitsbedingungen als Nicht-Gewerkschaftsmitglied „mitnimmt“, ist für mich ein Schmarotzer.

## **Das war mein bisher schönstes Bildungserlebnis:**

Immer wieder mal ehemalige Schülerinnen und Schüler, die an der Schule vorbeikommen und von ihrem erfolgreichen Start in das Berufsleben berichten und sich bei uns für unsere Arbeit bedanken.

## **Für diese Ziele sollte sich die GEW vor allem einsetzen:**

Reduzierung der Lehrerwochenarbeitszeit, mehr Soz.päds an Schulen und Verbesserung der pädagogischen Rahmenbedingungen.

## **Gute Bildung ist:**

Die Vielfalt der Lernenden zu berücksichtigen und den Schülerinnen und Schülern eine Möglichkeit zur aktiven Teilnahme an der Gesellschaft zu ermöglichen.

## **Drei Adjektive zur Bremer Bildungspolitik:**

Finanzarm, in Ansätzen inklusiv und unterbesetzt.

## **Du hast einen Bildungswunsch frei:**

Die Lehrpläne und Lehrmethoden sollten den Bedürfnissen unserer Schülerinnen und Schüler sowie den Anforderungen der sich wandelnden Welt gerecht werden.

# Ungewöhnliche Entscheidungen „Wir waren, sind und werden sein“

Digitalisierung an Schulen

Von Heide Roaten



Foto: unsplash.com

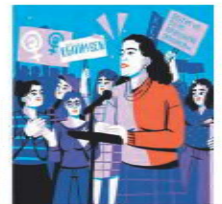
Auf die voraneilende Digitalisierung in skandinavischen Schulen wurde häufig als Vorbild für die deutsche Bildungspolitik hingewiesen. Von der FDP bekamen wir sogar den Satz: „Digital first, Bedenken second.“ Der Digitalpakt Schule läuft im Mai aus. Seit Kurzem rudern jedoch nordeuropäische Länder zunehmend zurück. So macht die schwedische Regierung vor allem die Vorschulen bildschirmfrei – aufgrund einer fachübergreifend erarbeiteten Stellungnahme des Karolinska Instituts vom April 2023 (1). Im Februar hat die „Dänische Agentur für Bildung und Qualität“ restriktive „Empfehlungen zur Bildschirmnutzung für Grundschulen und außerschulische Programme“ herausgegeben, die auf „einem Vorsorgeprinzip“ beruhen. Der dänische Bildungsminister Matthias Tesfaye (Sozialdemokrat) hat sich in einem Interview bei den dänischen Jugendlichen entschuldigt, dass man sie zu „Versuchskaninchen in einem digitalen Experiment“ gemacht habe, dessen „Ausmaß und Folgen wir nicht überblicken können“ (2). Wo befindet sich die deutsche Bildungspolitik? Immerhin ist im Juni 2023 die „Leitlinie zur Prävention dysregulierten Bildschirmmediengebrauchs in Kindheit und Jugend“ von elf deutschen Fachverbänden aus Medizin und Psychologie veröffentlicht worden (3). ■

Quellen:

1. <https://www.diagnose-funk.org/aktuelles/artikel-archiv/detail&newsid=2052>
2. Süddeutsche Zeitung, 7.2.24 „Enttäuschte Liebe“
3. <https://www.awmf.org/service/awmf-aktuell/praevention-dysregulierten-bildschirmmediengebrauchs-in-kindheit-und-jugend>

Frauen in der Gewerkschaft:  
Wanderausstellung ausleihbar

Von Barbara Schüll



In Kooperation mit dem Istanbul Gender Museum, Yekmal Bremen (Verein der Eltern aus Kurdistan in Deutschland e.V.) und dem LAMA (Landesausschuss Migration, Antidiskriminierung) der Bremer GEW wurde die Ausstellung „Wir waren, sind und werden sein – Frauen kämpfen für Gleichberechtigung in der Gewerkschaft“ in der Arbeitnehmerkammer gezeigt. Vierzig Roll Ups, kuratiert von Meral Akkent und Handan Çağlayan, dokumentieren die engagierte Arbeit der Gewerkschaftskolleginnen aus der Türkei in den 80er-, 90er- und 2000er Jahren, um sich gewerkschaftlich organisieren zu können. Sie mussten sich gegen staatliche Repressionen wehren, in Betrieben und den Familien durchsetzen, um Zeit für ihre gewerkschaftlich-feministische Arbeit zu haben. Dies ist ihnen erfolgreich gelungen, und doch mussten einige im Zuge ihrer Aktivitäten das Land verlassen. Als Zeitzeuginnen konnten wir vier Frauen einladen und ihre Berichte hören.

Die Texte sind auf Deutsch und über QR-Codes auf Türkisch, Kurdisch und Englisch zu hören.

Die Schau ist als Wanderausstellung konzipiert. Die Umsetzung wurde durch die finanzielle Unterstützung der Hans Böckler Stiftung und der Rosa Luxemburg Stiftung ermöglicht. Die Federführung für dieses gelungene Projekt hatten Münewver Azizoglu Bazan und Asli Polatdemir Köksal. Die Kuratorin Meral Akkent ([info@istanbulgendermuseum.org](mailto:info@istanbulgendermuseum.org)) ist die Ansprechpartnerin für weitere Ausleihen.

Herzlichen Dank an die Organisatorinnen! ■

# Gesundheit stärken in der Schule

Seminar des AK Arbeits- und Gesundheitsschutz am 7. Mai

Von Ingo Lenz

Gesundheitsschutz für Beschäftigte an Schulen stärken – aber wie? Die Anforderungen im und außerhalb des Unterrichts haben stetig zugenommen und führen zusammen mit Veränderungsprozessen wie Inklusion oder der Ganztagschule zu hohen Belastungen. Der Schutz der Gesundheit gehört zu den Grundpflichten des Arbeitgebers. Er hat die Arbeit so zu gestalten, dass eine Gefährdung für das Leben sowie die physische und die psychische Gesundheit möglichst vermieden und die verbleibende Gefährdung möglichst gering gehalten wird (§ 4 Arbeitsschutzgesetz). In der Realität jedoch, spielen Fürsorge und Prävention im Alltagsgeschehen an Schulen oftmals keine Rolle. Das Problem ist, dass erfolgreicher Gesundheitsschutz an Schulen entscheidend von den getroffenen Maßnahmen und damit von den von der Behörde zur Verfügung gestellten

Ressourcen abhängig ist und nicht zuletzt vom guten Willen der Schulleitung.

Das Seminar soll helfen, die Situation an Schulen zu analysieren und einzuordnen und Impulse geben, in der gewerkschaftlichen Aktion für besseren Gesundheitsschutz an Schulen voranzukommen, aber auch Kolleg\*innen an Schulen darin unterstützen, die nächsten Schritte zu planen. So werden wir auf Grundlage der Vorerfahrungen der Teilnehmenden möglichst konkrete Strategien für einen wirksamen Gesundheitsschutz an Schulen entwickeln: **Dienstag, 7. Mai, 17 bis 19.30 Uhr**, DGB-Haus, Großer Saal.

Zu diesem Treffen können wir auch Frank Hasenbein (GEW-Nordverbund) begrüßen. Er wird im Rahmen des Seminars „Gesundheitsschutz an Schulen verankern“ auch Impulse aus anderen Regionen beisteuern können.

Anmeldung: [www.gew-hb.de/veranstaltungen/detailseite/gesundheitschutz-an-schulen](http://www.gew-hb.de/veranstaltungen/detailseite/gesundheitschutz-an-schulen)

**Du: Unter 30 Jahre**  
**Dein Konto: 0 €<sup>1</sup>**  
**Deine Startprämie: 150 €<sup>1</sup>**

Das Girokonto für alle bis 30 –  
jetzt wechseln

**0 €**  
Kontoführungsentgelt<sup>1</sup>

**150 €**  
Startprämie<sup>1</sup>

On Top  
**50 €**  
für GEW-Mitglieder  
und ihre  
Angehörigen

**Jetzt informieren**  
 Antje Stets  
 Landesdirektorin Gebiet Nord  
 E-Mail: [antje.stets@bbbank.de](mailto:antje.stets@bbbank.de)  
 Telefon: 0162 2730942

<sup>1</sup> Voraussetzungen: Eröffnung BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen. Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres kostenfrei. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Voraussetzung Startprämie 75 – Euro für die Eröffnung eines BBBank-Junges Konto; Neukunde (kein Girokonto in den letzten 24 Monaten) ab 18 Jahre, bis zur Vollendung des 30. Lebensjahr, Geldeingang von 500,- Euro oder Bezahlung mit einer unserer Karten über die Funktion mobiles Bezahlen (Android) bzw. Apple Pay (iOS) innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Weitere 75,- Euro Startprämie bei Nutzung des Fino-Kontowechselservices, inkl. Umzug von mind. 3 Zahlungspartnern innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Mitarbeitende der BBBank (einschließl. Familienmitglieder) sind von dieser Aktion ausgeschlossen. Die Auszahlung kann nach Erfüllung der Bedingungen bis zu 8 Wochen dauern. Änderungen, Anpassungen oder Beendigung des Angebotes bleiben vorbehalten. Start der Aktion: 01.01.2024

# Wege in Rente und Pension

Die GEW-Pensionsberatung und ihre breite Angebotspalette

Von Hajo Kuckero

Spätestens ab Mitte 50 fangen viele Kolleg\*innen an, sich Gedanken über „Wege in den Ruhestand“ zu machen. Sei es aus schlichten Altersgründen, weil sie wegen der ständigen Überlastung ausgepowert sind oder schon ernsthafte gesundheitliche Probleme haben. Dann wird es höchste Zeit, sich qualifizierte Informationen darüber zu beschaffen, was mir zusteht, welche Möglichkeiten es für mich gibt und wie ich meinen „Ausstieg“ aus dem Berufsleben und den „Einstieg“ in den (Un)Ruhestand plane. Dafür gibt es von der GEW Bremen den empfehlenswerten „Ratgeber für den (Un)Ruhestand“, nutzbar für Arbeitnehmer\*innen wie für Beamt\*innen.

## Gut informiert

Für Arbeitnehmer\*innen gibt es ab dem 27. Lebensjahr die jährlichen kurzen Renteninformationen und ab 55 im Dreijahresabstand eine ausführliche Rentenauskunft der Deutschen Rentenversicherung. Die Rentenauskunft, die auch schon vor dem 55. Lebensjahr direkt angefordert werden kann, informiert über bisherige gemeldete Versicherungs- und Anrechnungszeiten, Rentenpunkte, Rentenarten und individuelle Altersgrenzen dafür sowie über eventuell dafür fehlende Versicherungszeiten. Außerdem bietet die GEW Bremen in regelmäßigen Abständen die Veranstaltung „Wege in die Rente“ an. Im Zweifelsfall können sich Arbeitnehmer\*innen mit zusätzlichen Fragen auch an die GEW-Pensionsberatung wenden.

Für Beamt\*innen gibt es solch einen ausführlichen Service leider nicht bzw. nur sehr eingeschränkt. Die Performa Nord sieht sich außerstande, entsprechende Anfragen vor Vollendung des 58. Lebensjahres (für Schwerbehinderte vor 56) zu beantworten. Wir empfehlen, diesen Performa-Service ab 58 in Anspruch zu nehmen und beantworten von der GEW-Pensionsberatung gerne zusätzliche Fragen. Viele Informationen zu Altersteilzeit und Pension finden sich auch im „Ratgeber Altersteilzeit für beamtete Lehrkräfte ab 55 Jahren“. Darin findet sich alles über Altersteilzeit mit Checkliste und wichtigen Hinweisen u.a. zu



Foto: unsplash.com

Alterstermäßigung, Alternativen zur Altersteilzeit, Sabbatical, Nebentätigkeiten, Mehrarbeit, Vorruhestand, Pension und gleichzeitige Rente.

## Individuelle Beratung

Zusätzlich bietet die GEW-Pensionsberatung regelmäßig die Veranstaltung „Wege in die Pension“ zu allen Fragen rund um Altersteilzeit und Pension an. Die nächsten Info-Veranstaltungen für beamtete GEW-Mitglieder finden in **Bremen am 29. Mai um 16 Uhr** im DGB-Haus und in **Bremerhaven am 5. Juni um 16:30 Uhr** statt.

Für GEW-Mitglieder gibt es die individuelle Beratung durch die GEW-Pensionsberatung ([pensionsberatung@gew-hb.de](mailto:pensionsberatung@gew-hb.de)) oder per Post. Alle GEW-Mitglieder können sich (unter Angabe ihrer Mitgliedsnummer) jederzeit mit Informationswünschen, Fragen, Problemen oder konkreten Pensionsberechnungsanfragen an die GEW-Pensionsberatung wenden. Hier bekommen sie (per Mail/Post, Telefon oder persönlich) kompetente Auskunft, sinnvolle Informationen über verschiedene Möglichkeiten der Wege in die Pension sowie nützliche Gestaltungstipps.

Direkte Termine sind in der Regel mittwochs zwischen 14 und 17 Uhr möglich – allerdings nur nach Terminvereinbarung.

Wer sich die zu erwartende Pension für bis zu drei Modelle (z.B. mit oder ohne Altersteilzeit oder Vorruhestand) ausrechnen lassen will, kann dafür unser Formular für Pensionsberechnungen anfordern ([info@gew-hb.de](mailto:info@gew-hb.de)) und ausgefüllt zurücksenden. Die Anfragen werden schnellstmöglich beantwortet, Berechnungen können aber – je nach Anfragen – vier bis sechs Wochen dauern, da die GEW-Pensionsberatung nur drei Stunden in der Woche besetzt ist. Die Pensionsberechnungen werden in der Antwort ausführlich erläutert und begründet, damit nicht nur das Ergebnis, sondern auch der Berechnungsweg verständlich ist. Und selbstverständlich können weitere Fragen bei Bedarf direkt geklärt werden. ■

# Briefe an die Redaktion

## Falsches Signal zur falschen Zeit

Zuschrift von *Joachim Ströh* zur Zeitlupe „Zwei Staaten für zwei Völker“ von Dr. Hermann Kuhn in Ausgabe Nr. 1/2024

Als regelmäßiger Teilnehmer der Mahnwache „Für einen gerechten Frieden in Palästina“ seit 2014 vor den Domtrepfen bin ich bestürzt (nicht überrascht) über den Artikel von Herrn Kuhn. Gehört er doch zu der Betonfraktion, die jede Kritik an der israelischen Regierung stereotyp als „antisemitisch“ zurückweist. Wir haben in den letzten zehn Jahren versucht (auch in Veranstaltungen), auf die Probleme in Palästina/Israel hinzuweisen, die zu einer Katastrophe führen könnten. Dabei sind wir stets von verschiedenen Seiten mit dem Vorwurf, antisemitisch zu sein, be-/gehindert worden. Nun ist Herrn Kuhn auch noch ein Orden für seine Hardliner-Vertretung verliehen worden. Das ist wenig hilfreich, um den tatsächlichen Antisemitismus zu bekämpfen.

Im Unterschied zu Herrn Kuhn et al. sehen wir den Ursprung des aktuellen Infernos nicht in dem Angriff der Milizen aus Gaza in Südisrael am 7. Oktober. Das ist eine oberflächliche Sicht auf die unmittelbare Situation. Der Slogan „Kein Frieden ohne Gerechtigkeit“ erschließt sich erst aus einer Betrachtung von (historischen) Ursachen und Zusammenhängen, die in den Medien verschwiegen werden. Da muss auf die Staatengründung Israels und die damit verbundene Auslöschung von 531 palästinensischen Dörfern, die Vertreibung von etwa 750.000 Palästinensern und die Tötung von über 10.000 Menschen hingewiesen werden. Es müsste zurückgegangen werden auf die Besetzung des Westjordanlands, des Gazastreifens und Ostjerusalems im Jahre 1967 und die darauffolgende völkerrechtlich illegale, aber kontinuierlich fortgesetzte Besiedlung des Westjordanlandes (in der Forschung auch Siedlerkolonialismus genannt, vergleichbar dem Nordamerikas, Australiens, Neuseelands u.a.), siehe Abb. 1.

Die Widerstandskämpfe (1. Intifada Ende 1980/Anfang 1990; 2. Intifada Anfang 2000) gegen die israelische Unterdrückung wurde von anerkannten internationalen Menschenrechtsorganisationen auch Apartheid genannt. Diese wurde verstärkt durch das Nationalstaatsgesetz von 2018, das Israel als Staat des jüdischen Volkes festlegt und Juden gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen privilegiert. „In Gaza hatte die Situation bereits in jenen Jahren höllische Ausmaße angenommen“, schreibt Ilana Hammerman in BIP-Aktuell (Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern).

Wir müssen auch auf 2007 zurückgehen, als mit dem Anfang der Hamas-Regierung (von der israelischen Regierung gefördert, um die Palästinenser politisch zu spalten) auch die israelische Blockade von Gaza begann. Damit begann die Erstickung des normalen Lebens: eine Einschränkung von Ein- und Ausfuhr, eine Umzingelung auf dem Land, auf dem Wasser und aus der Luft und insgesamt eine völlige Kontrollübernahme, bei der sogar Kalorien gezählt wurden, um auszurechnen, wie viel man den Bewohnern vorenthalten könnte, ohne dass sie verhungern. „Wir werden die Palästinenser auf Diät setzen“, sagte Dov Weissglas, Sonderberater des damaligen Premierministers Ehud Olmert (und zuvor schon unter Ariel Scharon). Die „Diät“ ging vor dem 7. Oktober 2023 schon 16 Jahre lang und dauert bis heute an.

Oder gehen wir zurück zu den großen Bombardierungen von 2008, 2012, 2014 und den seither stattfindenden Angriffen im kleineren Maßstab. Bis vor fünf Monaten war der Angriff von 2014, bei dem 1.500 Zivilisten getötet wurden, darunter 500 Kinder, der schwerste. Beim großen „Marsch der Rückkehr“ (2018-2019) wurden über 200 Demonstranten getötet und Tausende schwer verletzt. Wer heute in Gaza 16 Jahre alt ist, hat schon sechsmal Massenmord überlebt. Wer das aktuelle Gemetzel nicht als legitime Verteidigung Israels bezeichnet und einen sofortigen Waffenstillstand fordert, wie einige Preisträger bei der Berlinale, wird als Antisemit verurteilt.

Ich schließe mit den Worten des israelischen Regisseurs (meine Übersetzung) „Als Sohn von Holocaust-Überlebenden auf deutschem Boden zu stehen und zu einem Waffenstillstand aufzurufen und dann als antisemitisch abgestempelt zu werden, ist nicht nur empörend, sondern bringt auch buchstäblich jüdisches Leben in Gefahr. Ich weiß nicht, was Deutschland mit uns vorhat. Wenn dies die Art und Weise ist, wie Deutschland mit seiner Schuld am Holocaust umgeht, dann entleeren sie ihn völlig seiner Bedeutung.“

Liebe Leser:innen,  
die Redaktion weist darauf hin, dass der Inhalt der Briefe die Ansicht der Einsender:innen wiedergibt, die mit der Meinung der Redaktion nicht unbedingt übereinstimmt.





Abb. 1

### Sprachrohr der israelischen Regierung

Zuschrift von *Claus Walischewski* zur Zeitlupe „Zwei Staaten für zwei Völker“ von Dr. Hermann Kuhn in Ausgabe Nr. 1/2024

Liebe Redaktion,  
man könnte meinen, Hermann Kuhn ist das Sprachrohr der israelischen Regierung, als sei der Angriff der Hamas aus dem Nichts gekommen, und wenn nun mehr als 30.000 Palästinenser getötet wurden, trägt dafür die Hamas die alleinige Verantwortung. Hat es keine Nakba (Vertreibung der Palästinenser) gegeben? Ist Israel keine Besatzungsmacht? Haben nicht die wichtigsten Menschenrechtsorganisationen – sogar die israelische B'tselem – Israel vorgeworfen, ein Apartheidsystem gegenüber den Palästinensern errichtet zu haben? Und ist nicht die Genozidklage Südafrikas, die ja auch von vielen Staaten unterstützt wird, vom Internationalen Gerichtshof angenommen und Israel aufgefordert worden, das Völkerrecht zu achten und humanitäre Hilfe zuzulassen?  
Hermann Kuhn argumentiert völlig unhistorisch und menschenrechtsfeindlich. Er sollte die aktuellen Berichte von Amnesty International lesen. Nur in einem Punkt weicht er von der israelischen Regierungmeinung ab: Er ist für eine Zwei-Staaten-Lösung. Diese ist jedoch von keiner israelischen Regierung ernsthaft verfolgt worden, und die Knesset hat sich gerade dagegen ausgesprochen. Israel hat bisher immer nur auf militärische Lösungen gesetzt und sich damit in eine Sackgasse manövriert. Es muss lernen, dass der Konflikt nicht militärisch zu lösen ist und vor allem den Palästinensern die Menschenrechte gewähren, die die Israelis ja schon immer genießen.

### Nicht jeder ist gleich ein Antisemit

Zuschrift von *Eckard Feige* zur Zeitlupe „Zwei Staaten für zwei Völker“ von Dr. Hermann Kuhn in Ausgabe Nr. 1/2024

Hermann Kuhn schreibt: „Ursprung des Gaza-Konflikts am 7. Oktober 2023“ und er fragt:  
„Wer ist verantwortlich für das Leid der Palästinenser?“  
Antwort: „Die Hamas!“ Ich halte das für eine geschichtslose Darstellung im Bildungsmagazin: Der palästinensisch-israelische Konflikt währt seit der Staatsgründung Israels 1948 (und im Grunde noch davor). Die ausgehandelte Zwei-Staaten-Lösung von 1993 wird von Israel bis heute hintertrieben. Die Blockade von Gaza besteht seit 16 Jahren mit den Folgen: Reduktion von Ernährung, Elektrizität, medizinischer Versorgung und Bewegungsfreiheit. Aggressive Siedlungspolitik und Polizeiwillkür im Westjordanland sind seit vielen Jahren an der Tagesordnung.  
Ja, das Massaker von Hamas ist ein schwer in Worte zu fassendes Kriegsverbrechen, eindeutig zu verurteilen und widerspricht glasklar humanitären Grundsätzen. Nein, der Militäreinsatz in Gaza ist nicht mit dem Verteidigungsrecht Israels zu rechtfertigen. Selbst Historiker, Politiker und Journalisten aus Israel nehmen Abstand von diesem Gewalteingriff im Gazastreifen. Wer die politische Haltung und Taten der israelischen Regierung auf dem Boden des Humanismus kritisiert, ist nicht gleich ein Antisemit. In Israel hat es 2023 über Wochen einen überwältigenden Protest vieler Menschen gegen den Justizabbau der Regierung gegeben – leider ist dieser im Rahmen des „Verteidigungskrieges“ verstummt. Neuerdings flammt der Protest in Israel wieder auf – gegen die Regierung Netanjahu!

### Eine Zumutung!

Zuschrift von *Yasmina Wöbbekind* zur Zeitlupe „Zwei Staaten für zwei Völker“ von Dr. Hermann Kuhn in Ausgabe Nr. 1/2024

Liebe Redaktion,  
ich war entsetzt, in der letzten Ausgabe einen Beitrag von Hermann Kuhn zu sehen. Da verkündet er mal eben so, 1200 ermordete Israelis seien ja viel schlimmer als 30.000 ermordete Palästinenser, davon überwiegend Frauen und Kinder. Den zerbombten Gasastreifen, in dem 85 Prozent

der Häuser in Trümmern liegen, vergisst er wohl, wenn er schreibt, Israel halte sich an „die völkerrechtlich gebotene Schonung von zivilen Zielen (...) durch Vorabwarnungen“ an die Zivilbevölkerung. Ja, danke, was sind das für Warnungen an Menschen, die nicht mehr wissen, wohin sie noch flüchten sollen, die auch nichts mehr zu essen und zu trinken haben, weil Israel die Versorgung durch Wasser, Strom und Lebensmittel blockiert? Ein so verlogener Beitrag ist wirklich eine Zumutung!

# Bücher & Medien



zusammengestellt von Wilfried Meyer



## Arbeitsrecht für Arbeitnehmer\*innen

Julia Oesterling,  
Verlag: Südwest, 2024, 25,00 Euro

Seit Mai 2023 ist Julia Oesterling Rechtsreferentin in der Landesrechtsschutzstelle der GEW Bremen. Davor war sie elf Jahre lang Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht in Berlin. Sie hat Betriebsräte und einzelne Arbeitnehmer\*innen beraten und vor Gericht vertreten. Zudem hat sie regelmäßig Schulungen für Betriebsräte und andere Arbeitnehmergruppen durchgeführt.

Aus diesem Erfahrungsschatz an typischen Fragen von Beschäftigten hat sie

ein Buch gemacht. Der Ratgeber gibt Antworten auf die wichtigsten Fragen rund um das Thema Arbeit. Neben allgemeinen Tipps und juristischen Begriffserklärungen gibt sie einen ebenso umfassenden wie allgemein verständlichen Überblick über die wichtigsten Rechte im Arbeitsverhältnis und wie man diese durchsetzen kann. Dabei bezieht sie sich auf konkrete Beispiele und Fälle aus der Rechtsprechung.

Es geht unter anderem um die Themen Arbeitszeit und Gehalt, Vereinbarkeit von Freizeit, Familie und Beruf, Kündigungsschutz und Ablauf eines Kündigungsschutzprozesses, Urlaub, Rechte bei Arbeitsunfähigkeit und Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz. Alle Themen werden mit Beispielen erklärt und mit Fällen aus der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte anschaulich gemacht. Anhand eines typischen Arbeitsvertrages erklärt die Autorin, was die einzelnen Regelungen konkret bedeuten und zeigt, wie Arbeitnehmer\*innen ihr Arbeitszeugnis überprüfen können. In den Kapiteln zum Betriebsrat und zu Gewerkschaften erklärt sie deren Aufgaben und wie Arbeitnehmer\*innen sich für gute Arbeitsbedingungen engagieren können.



## Eine Arbeiterin

Didier Eribon, Suhrkamp Verlag,  
2024, 25,00 Euro

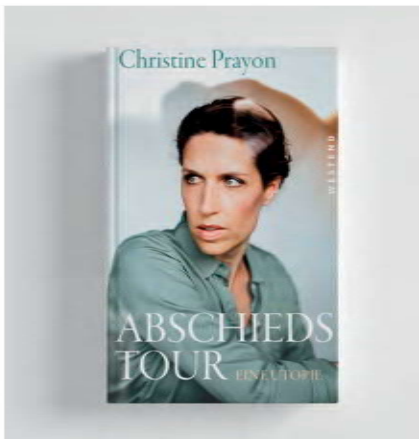
Eine weitere Reise in die Vergangenheit wie „Rückkehr nach Reims“. Diesmal geht es nicht um den Vater, sondern um seine sterbende Mutter. Deren Klassenzugehörigkeit, das entbehrungsreiche Leben, die Ehe der Eltern und auch deren Wendung nach rechts im Alter beschäftigen den Sohn, der früh die Familie verließ und damit auch den Kontakt zur politischen Klasse verlor. Ein Teil ist sicher intellektuelles Selbstporträt. Er beschreibt auch das verkommene Gesundheitssystem in Frankreich, das zum frühen Tod der Mutter beitrug.

**Robertas Maier**  
Fliesenleger      Komplette Bäder  
Innen und Altbausanierung

0421- 47 85 167  
0173- 790 42 38

- Fliesen
- Badausstellung
- Planung
- Ausführung

robertas.maier@gmx.de  
www.robertas-maier.de



**Abschiedstour**

Christine Prayon, Westend-Verlag, 2022, 14,00 Euro

Die Birte Schneider aus der „Heute Show“, aus der sie sich aus einem Grund verabschiedet hat: Kabarett sollte nach oben treten und nicht nach unten. In ihrem Lifeprogramm macht sie das ausgezeichnet, z.B. war ich in Plön im März dabei. „Vielleicht löst das Wort ‚Abschiedstour‘ Verwunderung, Trauer oder gar Panik aus. Das macht nichts. Genau so ist es

beabsichtigt. Ist das Kabarett tot? Oder reden wir hier von einem Abschied im ganz großen Stil? Vom Ende des Kapitalismus? Möglich. REINGELEGT!! Natürlich nicht möglich. Der Kapitalismus ist das Hinterletzte, aber er ist alternativlos. Basta. Ende der Diskussion. Also mach schon: KAUFJETZT DAS BUCH.“ Das Buch ist umfangreicher als der Auftritt, aber sicher genau so erlebenswert



**Die NATO**

Sevim Dagdelen, Westend-Verlag, April 2024, 16,00 Euro

75 Jahre nach ihrer Gründung scheint die NATO auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Eine blutige Spur sowie drei große Mythen ziehen sich durch die Geschichte des „Wertebündnisses“ von seiner Gründung bis in die Gegenwart. Heute fordern der Stellvertreterkrieg gegen Russland in der Ukraine, soziale Verwerfungen durch exzessives Hochrücken sowie die

Einkreisung Chinas in Asien den Militärpakt in nie da gewesener Form heraus. Die NATO setzt auf Eskalation. Was mit der Lieferung von Helmen an die Ukraine begann, ist nun der Ruf nach Soldaten. Mit ihrer expansiven Geopolitik treibt die NATO die Welt näher an den Rand eines Dritten Weltkrieges als jemals zuvor. Es ist Zeit für eine Abrechnung, fordert Sevim Dagdelen, Bundestagsabgeordnete im BSW. Ein Standpunkt, der im momentanen Rüstungswahn und in der Militarisierung der BRD nicht ungehört sein sollte.

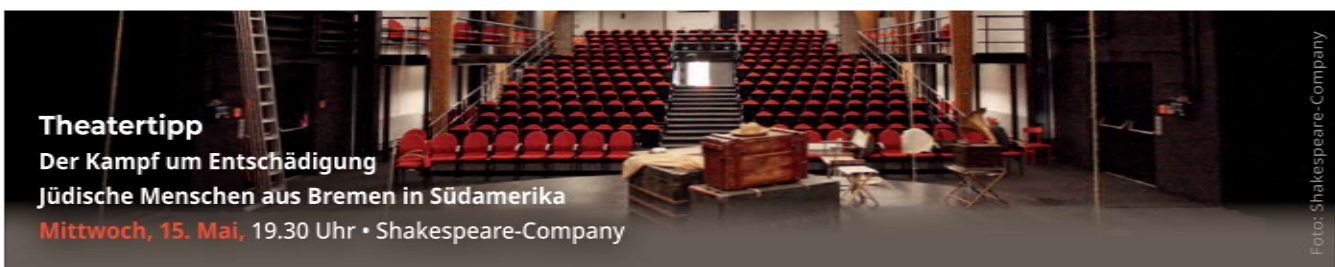


**Das Mädchen aus Harrys Straße**

Sigmar Schollak (1930–2012), Donat-Verlag Bremen, 2024, 12,00 Euro

Ein einfühlsamer Text, um Kindern in heutiger Zeit das Grauen der Judenverfolgung und des Antisemitismus in erzählerischer Form nah zu bringen. Die inhumane Situation für Kinder wird anhand einer Freundschaft sehr konkret dargelegt. Nicht alles, was damals den Kindern von Eltern, Lehrern, Freunden

und Fähnleinführern gesagt wurde, war wahr. Die Widersprüchlichkeiten werden beschrieben, und das Buch hat auch kein Happy End. Eine gelungene Neuauflage, auch durch die aktuellen Zeichnungen vom Bremer Verlag. Durch die „Beate und Hartmut Schaefer-Stiftung“ wurden 15000 Exemplare an Bremer und Berliner Schulen verschenkt. Der Donat-Verlag macht eine **Lesung am 4. Juni** in den Räumen der SPD Fraktion, in der Wachtstraße 27-29, um 17 Uhr.



**Theatertipp**

Der Kampf um Entschädigung

Jüdische Menschen aus Bremen in Südamerika

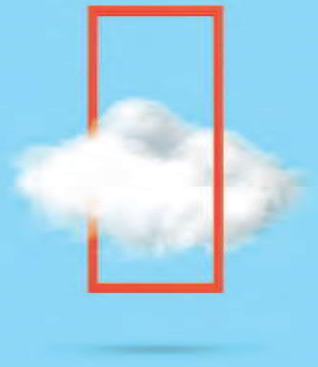
Mittwoch, 15. Mai, 19.30 Uhr • Shakespeare-Company

Foto: Shakespeare-Company



# Auch mal über den Tellerrand hinaus kotzen

## Qualität statt Quantität



Von Wilfried Meyer

Weser-Kurier, 5. März: Neueste Maßnahme für Bremer Kinder: 25 Minuten lesen auf Gonggeläut, nicht nur in Deutschstunden. Wieder eine Superidee aus dem Bildungsrembertikreisel. Umgerechnet auf eine Klasse mit 25 Kindern ist das für jede/n eine volle Minute. Ein satter Wurf aus der Behörde, vor der wir wieder einmal nicht anders können als unseren Hut zu ziehen. Und Shit war noch gar nicht legal. Bewundernswert ist der Eifer, mit dem die Denkfabrik der Senatorin neue Innovationen auf den Bildungsmarkt wirft, die Bremen nach vorn bringen.

Nach Einführung eines Qualitätsinstituts, welches Qualität im Contischichtbetrieb produziert und diese gewinnbringend an die Schulen weiterreicht, besonders in der Mittagszeit, wenn die Mensa geöffnet hat und die Qualität dann nicht nur als Mittagessen auf den Schultisch kommt. Es gibt schon Überlegungen in Richtung Nachhaltigkeit, ob man Qualität auch als Kekse herausgeben sollte, weil sie dann sicher auch beim Endverbraucher, dem Kind, ankommt. Wie immer vor diesen durch ausgewiesene Bildungsexperten vorher schon durchevaluierten, notwendigen Maßnahmen zur Hebung des Bremer Niveaus zumindest auf Rumänien-Standard-Qualität, hat eine flächendeckende Erhebung unter Lehrkräften stattgefunden. Keine Überraschungen, überwältigend war die Mehrheit für immer neue Anstrengungen und Maßnahmen, also auch für diese.

### Es geht auch anders

Lehrkraft Holger K.: „Wir wollen Qualität, egal wie gut oder wieviel. Aber sie darf nichts kosten. Das IQHB (Qual-Institut) hat alle Erwartungen bisher in den Schatzen gestellt, auf Kekse wären wir selbst nie gekommen, das ist genial. Und der Vorschlag, mit Glockengeläut zum einmütigen Lesen zu wecken, formideubel.



Cannabis-Pilz, wird jetzt weggeraucht.

Meine Mitesser und Mitleserinnen sind schlicht begeistert. Wir waren ja erst skeptisch, ob Frau Aulepp überhaupt Qualität im Kopf hatte, jetzt zeigt sich aber, dass Misstrauen gegenüber SPDgeführten Ressorts völlig unangebracht ist. Soviel Kompetenz, die sich fast automatisch auf Schulen überträgt, das ist uns schon fast unheimlich. Aber ich muss jetzt los, es hat zum Lesen geläutet. Oder zum Essen? Und demnächst wird auch noch die teure, überflüssige Doppelbesetzung

in Brennpunkten gestrichen, Aulepp sei Dank. „Ich bin sowas von zufrieden.“ Soweit nur eine Stimme aus dem Chor der Fans und Follower. Nur der Rattenfänger hatte mehr. Nun kann endlich auch von einer Zeitenwende in Bremer Schulen gesprochen werden. Die Fortsetzung des Jürgens-Pieperschen Zwei-Säulen-Models in seiner Steigerungsform als Doppelwumms durch Behörde und Tabak-IQHB muss erst einmal von anderen Stadtstaaten getoppt werden. Und alles wie immer, ohne Geld in die Hand zu nehmen, das zeigt, es geht auch anders.

### Und jetzt noch Cannabis

Was heißt da schon der Boven-schultische „Finanzierungsvorbehalt für alle Ressorts“? Der wird vom Remberti-Management elegant umschiff, wie man in der Hansestadt sagt. Oder weggeklampft vom OB beim Schulrockfestival. Fazit: Zufriedenheit aller Ebenen, satte und demnächst mega-qualifizierte Kinder und Jugendliche, fröhlicher Glockenklang und kopfrauchende Innovationen aus dem Tabakquartier, der Adresse für nachhaltige Qualität. Im Übrigen: Alles andere ist Desinformation und Delegitimierung des Staates. Alle hier angeführten Fakten lassen sich wie immer auf einschlägigen Portalen checken. Für ein neues Zeitalter auch an unseren Schulen. Glaubt mit. Wenn jetzt noch Cannabis dazu kommt ... High! Big Brother is abwatsching ju.

## Termine



### FG Inklusion und Sonderpädagogik

**Donnerstag, 2. Mai**, 18 bis 20 Uhr,  
GEW-Geschäftsstelle

### AK Senior:innen

Lost & Dark Places HB & BHV, 33 vergesene, verlassene und unheimliche Orte  
**Dienstag, 14. Mai**, 10.15 Uhr, Tivolisaal

### Bildungswende jetzt !

Gemeinsam für Bildungsgerechtigkeit.  
Wir besuchen gemeinsam die Jugend- und Familienminister:innen-Konferenz.  
**Freitag, 24. Mai**, 10 Uhr,  
Parkhotel (Bürgerpark)

### Fußballspielen

**Jeden Dienstag**, 16.30 Uhr,  
Sporthalle Lissaer Straße

Nächste Ausgabe  
am 6. Juni 2024

Schwerpunktthema

## Haushaltsmisere

und die Folgen für die Bildung

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Euch zu unserem Arbeitstitel etwas einfällt, dann schreibt uns gerne Eure Ideen an [bildungsmagazin@gew-hb.de](mailto:bildungsmagazin@gew-hb.de)

## Impressum

### bildungsmagaz!n

März / April 2024  
73. (85.) Jahrgang

### Herausgeber

Landesverband Bremen der GEW  
Bahnhofsplatz 22-28  
28195 Bremen

Tel. 0421 337 64-0  
Fax 0421 337 64 30  
[bildungsmagazin@gew-hb.de](mailto:bildungsmagazin@gew-hb.de)  
[www.gew-hb.de](http://www.gew-hb.de)

Geschäftszeiten: Mo – Do 9 – 12.30,  
13 – 16 Uhr und Fr 8 – 14 Uhr

### Redaktion

Susanne Carstensen  
Tel. 0152 31882209  
[susanne2000@gmail.com](mailto:susanne2000@gmail.com)

Karsten Krüger  
Geschäftsführender Redakteur  
Tel. 0173 6831678  
[kkruieger@posteo.de](mailto:kkruieger@posteo.de)

Wilfried Meyer  
Tel. 0170 2953984  
[wilfmey@t-online.de](mailto:wilfmey@t-online.de)

Werner Pfau  
Tel. 0172 1609809  
[internationales@gew-hb.de](mailto:internationales@gew-hb.de)

### Korrektur

Gerhild Fiege  
Mareike Hahn

### Verlag

Bonifatius GmbH  
Druck – Buch – Verlag  
Karl-Schurz-Str. 26  
33100 Paderborn  
Tel. 05251 153-171  
[verlag@bonifatius.de](mailto:verlag@bonifatius.de)

### Layout und Gestaltung

das grafik.buero  
Kai Becker  
Tel. 0173 7458834  
[www.dasgrafikbuero.net](http://www.dasgrafikbuero.net)

### Anzeigen

Anzeigenpreisliste  
Karsten Krüger  
Tel. 0173 6831678  
[kkruieger@posteo.de](mailto:kkruieger@posteo.de)

### Anzeigenschluss

Heft 3 am 28.05.2024

Der Bezugspreis des **bildungsmagaz!ns** ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 15,- € zuzüglich Zustellgebühr inklusive MwSt.

**Die Redaktion arbeitet laut Satzung eigenverantwortlich. Die mit dem Namen der Verfasser:innen oder anderweitig gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der GEW-Gremien oder der Redaktion wieder.**

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach Information der Redaktion



[www.blauer-engel.de/uz195](http://www.blauer-engel.de/uz195)

- ressourcenschonend und umweltfreundlich hergestellt
- emissionsarm gedruckt
- überwiegend aus Altpapier

RG4

Papier: Circle Volume, 100%,  
Recyclingpapier

Auflage: 5500 Exemplare



Wacht auf, Ihr Verbeamteten  
und Angestellten dieser Erde!  
Folgt den Fanfaren des DGB  
(oder den GEW-Tröten) auf eine  
kämpferische Mai-Demo!

Die bildungsmagaz!n-Redaktion

\* Frische und knusprige Brezel gibt es um  
10 Uhr bei den Weserterrassen. Sie bringen  
uns Kampfkraft und näher zur Sonne.

## Seminare

### Konferenzrechte für Schulleitungen

Konferenzen in Schule –  
eine Herausforderung!?

Gesamtkonferenz und Schulkonferenz sind für die Gestaltung in Schule entscheidende, unentbehrliche Instrumente. Unter der Maßgabe, dass nur bei ausreichender Einbeziehung der Kolleginnen und Kollegen in die Gestaltung von Schule und Schulleben befriedigende Ergebnisse erreicht werden, ist die kundige Planung und Durchführung von Gesamt- und Schulkonferenzen hilfreich. Positiv für das Schulleben sind Verfahrenssicherheit und sichere Konferenzführung. Betrachtungen des Regelwerks (Schulverwaltungsgesetz, Geschäftsordnungen etc.), der Themen oder der Verfahrensabläufe sollen Impulse geben, Konferenzen inhaltlich wertvoll unter Berücksichtigung verschiedener Interessen zu gestalten.

**Dienstag 7. Mai, 13 – 16 Uhr**

Bremen, DGB-Haus, Leitung: Frank Zylinski,  
Christian Dierbach  
Kostenlos für GEW-Mitglieder

### Seminar für Personalausschüsse BHV

Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Personalausschüsse? Wie sieht die Zusammenarbeit mit dem und die Abgrenzung zum Personalrat aus? Wie gehen wir mit

Konflikten um? Welche Unterstützung brauchen wir? Anhand von Fallbeispielen werden aktuelle Themen und Probleme der Personalausschüsse diskutiert.

**Donnerstag 23. Mai, 9 – 16 Uhr**

Bremerhaven, Gewerkschaftshaus, Leitung:  
Ima Drolshagen, PR-Schulen BHV  
Kostenlos für GEW-Mitglieder  
inkl. Verpflegung

### Umgang mit herausforderndem Verhalten

*Einblick ins Konzept der Dialog-orientierten Krisen-Intervention (DOKI®) von Carlos Escalera*  
Das Erleben von herausfordernden und aggressiven Verhaltensweisen ist oft belastend für alle Beteiligten. In diesem Seminar werden zunächst Verstehensmodelle erläutert, die es ermöglichen, sich den grenzüberschreitenden Verhaltensweisen auch im systemischen Sinne anzunähern. Anschließend werden verschiedene Ausweich-, Schutz- und Haltetechniken geübt. Diese Übungen werden dabei auch an die Alltagserfahrungen der Kolleg\*innen angepasst. Übungen zur körperlichen Kommunikation und Intervention sind Teil der Fortbildung.

**Freitag 24. Mai, 9 – 16 Uhr**

Bremen, DGB-Haus, Leitung: Marco Tiede  
Dipl.-Kunsttherapeut/-pädagogin  
Kostenlos für GEW-Mitglieder  
inkl. Verpflegung



### Preisrätsel

Unser Lautstark-Suchspiel:

Wo sind wir diesmal nicht  
zu überhören?

Wir haben im bildungsmagaz!n  
wieder **drei Trillerpfeifen**  
in diesen drei Farben versteckt.



Die jeweiligen Seitenzahlen ergeben  
nacheinander einen Zahlencode.  
Z.B.: S. 07 + S. 21 + S. 36 = Code 072136

Zahlencode per Mail an:

[bildungsmagazin@gew-hb.de](mailto:bildungsmagazin@gew-hb.de)

Stichwort: „Lautstark“

**Preise:** Die ersten drei Lösungen  
werden mit je einer Flasche GEW-Sekt  
belohnt. Viel Spaß und Erfolg beim  
Finden wünscht die Redaktion.